

| | | | |
|-------------------|---|--------------------------|-----|
| Protokoll: | Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrifts-Nr | 209 |
| | | | 1 |
| | | TOP: | |
| | Verhandlung | Drucksache: | - |
| | | GZ: | - |

| | |
|---------------------------|---|
| Sitzungstermin: | 20.10.2011 |
| Sitzungsart: | öffentlich |
| Vorsitz: | OB Dr. Schuster |
| Berichterstattung: | - |
| Protokollführung: | Frau Huber-Erdtmann pö |
| Betreff: | Allgemeine Aussprache über den Doppelhaushaltsplan-Entwurf 2012/2013 |

Beratungsunterlagen sind der Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2012/2013 sowie die weiteren dem Gemeinderat zu den Haushaltsplanberatungen vorliegenden Unterlagen <siehe Sitzung des Gemeinderats vom 06.10.2011, Niederschrift Nr. 194>.

Zum Entwurf des Haushaltsplans 2012/2013 werden folgende Anträge eingebracht:

| | |
|--|----------------|
| Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN | Nrn. 377 - 419 |
| CDU-Gemeinderatsfraktion | Nrn. 420 - 512 |
| SPD-Gemeinderatsfraktion | Nrn. 513 - 566 |
| Gemeinderatsfraktion Freie Wähler | Nrn. 567 - 640 |
| FDP-Gemeinderatsfraktion | Nrn. 641 - 688 |
| Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE | Nrn. 689 - 787 |
| StR Dr. Schlierer (REP) | Nrn. 788 - 808 |

Die Anträge sind dem Originalprotokoll sowie der Ausfertigung für die Hauptaktei

bei-gefügt.

OB Dr. Schuster begrüßt die Anwesenden und insbesondere auch Gäste aus der Stadt Brunn, den Vorsitzenden der Kulturkommission im Stadtrat, Herrn Stanislav Michalik, sowie Herrn Pavel Sazavsky, den stellvertretenden Vorsitzenden der Sportkommission im Stadtrat, denen er für Interesse und für die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Brunn dankt.

Die Redebeiträge zur Allgemeinen Aussprache sind im teilweise redigierten Wortlaut wiedergegeben.

StRin Fischer (90/GRÜNE):

"Werte erhalten - Zukunft gestalten

Vorhandene Unwägbarkeiten in der europäischen Finanzpolitik - Staatspleiten, Euro-Schwäche, Euro-Bonds ja oder nein, Konjunkturabschwächung, Rezessionsängste - wir werden auch noch in den nächsten Monaten darüber reden. Und wieder einmal der Ruf nach schärferer Finanzmarktkontrolle!

Erneut werden auch die deutschen Steuerzahler zur Rettung der Banken hohe Lasten übernehmen müssen. Es geht in der derzeitigen Krise nicht um die Rettung des EUR - der ist stabil. Es geht um die Rettung der Europäischen Kreditwirtschaft, also der Banken. Diese Lasten werden sich auf die Konjunktur und auf die Kommunalfinanzen auswirken. Und sie werden letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragen sein.

Aber nicht nur in der Finanzwirtschaft gibt es eine Schuldenkrise. In der Summe leben wir Menschen über unsere Verhältnisse auf Kosten der Natur und wir verschulden uns bei ihr. Zwischen 1980 und 2002 wären Analysen zufolge 2,5 Planeten Erde nötig gewesen, um den gigantischen Verbrauch und Raubbau zu decken. Verantwortung dafür tragen fast allein die westlichen Industriegesellschaften. Die Rückzahlung dieser ökologischen Schulden muss jedoch die gesamte Menschheit leisten. Sie bringt sich damit in große Schwierigkeiten. Deshalb nutzen wir Grüne auch diese Haushaltsberatungen - wie alle vorherigen -, damit die Stadt einen Beitrag zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen erbringt. Global denken und lokal handeln hat sich bewährt.

Es ist mehr als blauäugig, sich im Stadthaushalt längerfristig auf gut sprudelnde kommunale Steuereinnahmen zu verlassen. Der alte Spruch von Ludwig Erhard: 'Maß halten' - er gilt in schlechten wie in guten Tagen, um nicht zu viele Lasten für die Zukunft anzuhäufen. Die Warnung des Finanzbürgermeisters vor ungezügelten Ausgaben und einem Konzert der Wünsche - wir sehen sie durchaus als berechtigt an, auch wenn die Stadt heute eindeutig besser dasteht als vor zwei Jahren. Deshalb ist es umso wichtiger, dass sich der Gemeinderat, bei allem Respekt vor unterschiedlichen politischen Schwerpunkten, auf eine gewisse Linie verständigt, damit der Haushalt im Rahmen bleibt und genehmigungsfähig wird.

Wir wollen uns dieser Verantwortung stellen. Allerdings, wenn der Kämmerer sagt, 'Zahlen lügen nicht', und damit meint, es gebe nur eine Vernunft, nämlich die seine, dann sagen wir: 'Wie so oft gibt es - je nach Blickwinkel - mehrere Wahrheiten'.

Wir meinen, es muss mit der Mär aufgeräumt werden, dass in der Vergangenheit kein Geld für Sanierungen und Investitionen in den Bestand da gewesen sei. Die Stadt hat der Bahn

2001 für rund 460 Mio. EUR noch für Jahrzehnte wertloses Gleisgelände abgekauft. In der Gedankenwelt der Stuttgart 21-Utopisten mag dies noch nachvollziehbar sein. Dass man dann aber glaubt, über Jahre auf eine Verzinsung dieses Kapitals verzichten zu können, entbehrt jeglicher haushaltspolitischer Vernunft. Dieses Geschenk in dreistelliger Millionenhöhe an die Deutsche Bahn zahlt nicht nur der Stuttgarter Steuer- und Gebührenzahler. Es zahlen eben auch all diejenigen, für die unsere Vorgänger in der Vergangenheit das Vermögen der Stadt angespart haben: zuvörderst sind das die Schülerinnen und Schüler, die nun in maroden Schulen unter unwürdigen Bedingungen unterrichtet werden müssen.

Es reicht nicht, nach außen hin Schuldenabbau zu propagieren, gleichzeitig aber das städtische Vermögen sträflich zu vernachlässigen. Das war in dieser Stadt jahrelang der Fall. Mit uns geht das jetzt nicht mehr. Und wenn der Erste Bürgermeister sagt, er sei der einzige Kämmerer Deutschlands, der sich für den Schuldenabbau entschuldigen müsse, dann sagen wir: Mit Blick auf das Vermögen wurden gar keine Schulden abgebaut - vielmehr ist er nur einer von vielen Haushaltspolitikern, die auf Kosten des Vermögens leben und die falschen Prioritäten setzen: an der falschen Stelle Geld ausgeben und an der falschen Stelle sparen. Auch das geht zu Lasten der nachfolgenden Generation. Grünes Ziel bei den anstehenden Haushaltsberatungen ist deshalb: Schulden wo nötig und so viel Investitionen wie möglich in die Substanz, in den Erhalt des Vermögens.

Und wenn uns entgegengehalten wird, dass kreditfinanzierte Investitionen im Unterschied zu einem Unternehmen keine neuen Einnahmen bringen, mit denen Zinsen und Tilgung erwirtschaftet werden können - dann sagen wir: Eine Landeshauptstadt mit guter Infrastruktur, mit ausreichend Kindergartenplätzen und modernen Schulen ist so attraktiv für Familien und Unternehmen, dass durch diese Investitionen durchaus ein zentraler Beitrag zur Verstärkung der Einnahmen geleistet wird.

Bei den Schulen haben wir Grünen 2009 erreicht, dass für die Sanierung ein geordnetes Verfahren angewendet wird, und wir haben mit der Anhebung der Grundsteuer - trotz starkem Gegenwind - für die entsprechenden Mittel gesorgt. Die jährlich eingenommenen 145 Mio. EUR sind ein Grundpfeiler dafür, dass der Sanierungsstau nach und nach angegangen werden kann. Wir sind uns mit den großen Fraktionen darüber einig, dass es absolut keinen Spielraum dafür gibt, die Grundsteuer wieder zu senken. Ebenfalls nicht zurücknehmen werden wir die linearen Kürzungen im Rahmen der vor zwei Jahren notwendigen Haushaltskonsolidierung.

Auch am Gewerbesteuerhebesatz von 420 Punkten wollen wir angesichts der eher defensiven Konjunkturaussichten nichts verändern. Man kann froh sein, dass die gute Konjunktur in diesem Jahr wahrscheinlich über 250 Mio. EUR mehr in die Stadtkasse spült als geplant und weniger Kredite aufgenommen werden müssen.

Im Bürgerhaushalt wurde der exzellente Vorschlag gemacht, Wettbüros zu besteuern - das bringt rund 600.000 EUR. Durch die Erhöhung der Vergnügungssteuer von 18 auf 21 Prozent - hier ziehen wir mit anderen Städten gleich - erhalten wir ein Plus von 1,5 Mio. EUR, und eine verstärkte Verkehrsüberwachung mit dem entsprechenden Personal trägt zu einer weiteren Verstärkung der Einnahmen bei.

Wir haben bisher keine Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden, damit der städtische Anteil am Rosensteintunnel aus den Vorbelastungen des Haushalts herausgestrichen wird - das schmerzt uns. Wir werben aber jetzt noch einmal dafür. Zum Vergleich: Würden wir die Verpflichtungsermächtigung von 90 Mio. EUR für den Tunnel aufheben, hätten wir fast die 100 Mio. EUR beisammen, die für den Ausbau der Kindertagesstätten veranschlagt sind. Hier regieren leider noch die 'Betonmehrheiten'.

Auf manch anderen Feldern haben sich grüne Ideen längst in die Köpfe und Herzen der Stadträtinnen und Stadträte anderer Fraktionen eingenistet:

Stadtwerke Stuttgart: Es gab eine große Einigkeit darüber, dass die Stadt wieder Herrin über die Grundlage der Energie- und Wasserversorgung werden soll. Das flammende Plädoyer des CDU-Fraktionsvorsitzenden zur glänzenden Zukunft regenerativer Energien klingt uns immer noch angenehm in den Ohren.

Parkraummanagement: Es war ein langer Kampf, das Konzept ist jedoch überzeugend: Im Stuttgarter Westen sind Bürgersteige wieder autofrei und - wer hätte gewagt, darauf zu wetten - freie Parkplätze sind auch wieder vorhanden. Die Einrichtung weiterer Zonen in anderen Innenstadtteilen kann aus unserer Sicht in Angriff genommen werden.

Ankauf der LBBW-Wohnungen: Nachdem bekannt wurde, dass sich die Bank von ihrem Wohnungsbestand trennen muss, hatten wir beantragt, einen Weg zu finden, diesen günstigem Wohnraum zu sichern und nicht von Finanzinvestoren ausbeuten zu lassen. Alle Fraktionen haben wohnungspolitische Vernunft walten lassen und hoffen nun, dass der Wohnungsbestand von einem Konsortium unter Beteiligung der Landeshauptstadt erworben und sozial verantwortlich bewirtschaftet werden kann.

Kinderbetreuung: Auch hier haben wir Vieles bewegt. Vor zehn Jahren haben wir uns noch für einen Versorgungsgrad von 20 Prozent bei den Null- bis Dreijährigen verkämpft. Damals hieß es noch, die Familie allein sei zuständig. Mit allen Ausbaumaßnahmen wird die Stadt bis 2013 rund 50 Prozent erreichen. Der Bedarf liegt noch höher; das Thema wird uns auch die nächsten Jahre beschäftigen.

Was also sind unsere Antragsschwerpunkte in diesen Haushaltsberatungen? Wie wollen wir dem Riesen-Tanker Stadthaushalt mit einem Volumen von rund 2,4 Mrd. EUR eine grüne Richtung geben?

Wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investition in Schulhäuser, Kitas, Betreuung und Sprachförderung**

Die neue Landesregierung kämpft um Schuldenbegrenzung und Investitionen in eine neue Bildungspolitik. Natürlich ist es wünschenswert, das alles schneller und am besten sofort zu machen. Mittagessen an Grundschulen, Kleinkindbetreuung, Orientierungsplan - die Anforderungen sind enorm. Es wird genauso sein wie 58 Jahre zuvor, dass wir als Kommune natürlich Druck aufbauen müssen, damit im Endeffekt eine angemessene Landesförderung dabei herauskommt.

Wir wollen dennoch das Schulsanierungsprogramm - 110 Mio. EUR plus Ergänzung 121,8 Mio. EUR - und den Kita-Ausbau - 70 Mio. EUR - zügig voranbringen. Die Streckung der Investitionen um zwei weitere Jahre wird von einer breiten Mehrheit in diesem Gemeinderat abgelehnt. Händeringend warten Familien auf eine gute Kinderbetreuung, damit sie Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren können.

Ebenfalls einmütig hatte der Gemeinderat im Juli dieses Jahres die Neukonzeption der Betreuung von Schulkindern beschlossen. Dafür wollen wir 48 Mio. EUR bereitstellen. Dass die zusätzlich notwendigen Mittel für die Sprachförderung in den Kitas - rund 1 Mio. EUR - noch nicht in den Haushalt eingestellt sind, ist ein Armutszeugnis für diese Stadt, deren Oberbürgermeister doch gerne Lorbeeren für gelungene Integration einheimst. Also müssen wir eben auch dafür sorgen.

Wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investitionen in den Erhalt des städtischen Vermögens**

Neben den Schulen müssen auch die Sanierungen von Kitas und Bädern in Angriff genommen werden. Das Becken des Freibads Killesberg leckt, aus dem Feuerbacher Hallenbad entweicht geheizte Luft, das Kultbad Berg ist marode - Zustände, die wir so nicht länger dulden wollen.

Unser Klinikum hat als Maximalversorger für die Attraktivität der Landeshauptstadt einen enormen Wert. Es erfreut sich bei den Patienten aus Stadt und Region zunehmender Beliebtheit. Das liegt nicht zuletzt an der hohen Qualität der medizinischen Versorgung. Seit 2004 unternimmt das Klinikum fast über seine Kräfte gehende Anstrengungen, das aufgelaufene Defizit abzubauen und auf Null zu setzen. Wir können und müssen auch von der neuen Landesregierung erwarten, dass sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Förderung des Investitionsvolumens für Neubauten und für medizinische Großgeräte nachkommt. Und da die Fallpauschalen der Krankenkassen dafür nicht herhalten, sehen wir die Stadt als Träger in der Pflicht, dem Klinikum mit Investitionszuschüssen unter die Arme zu greifen, vergleichbar dem öffentlichen Nahverkehr, den Bädern, den Kultureinrichtungen.

Eine attraktive Kulturlandschaft, wo Traditionelles gehegt und Neues herausgekitzelt wird - wie Eric Gauthier mit seiner Compagnie - ist eine Bereicherung für Stuttgart, die wir uns erhalten wollen. Tradition und Weltruhm hat die John-Cranko-Schule, für die jetzt der dringend benötigte Neubau realisiert werden muss. Aber wir setzen auch auf die Förderung des vielfältigen kulturellen Angebots der kleineren Kulturträger, der jungen Breitenkultur und Existenzgründer, die wir mit der Einrichtung einer Agentur für kreative Freiräume in der Stadt halten wollen.

Zum städtischen Vermögen gehören Parkanlagen und Wege, Spielplätze und Bäume, die für das extrem wichtige Gut 'Luftqualität' sorgen. Das Neckarufer gehört renaturiert und der Feuersee muss vom Schlamm befreit werden, denn er erfüllt im dicht besiedelten Stuttgarter Westen eine wichtige Erholungsfunktion. Wir wollen auch in dieses Vermögen investieren, damit die Stadt auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Auf viele dieser Themen und kleineren Maßnahmen vor Ort werden wir von Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam gemacht. Deswegen wollen wir das Stadtentwicklungsprogramm STEP ausweiten und um Projektmittel für Bürgerbeteiligungsprozesse im Stadtbezirk ergänzen.

Wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investitionen in die soziale Infrastruktur und die Abfederung des demografischen Wandels**

Altersarmut, zunehmende demenzielle Erkrankungen, das Leben im Alter ohne die Unterstützung der Familie und eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Stuttgarterinnen und Stuttgarter aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturkreisen - dies sind gesellschaftliche Veränderungen, auf die die Kommune regieren muss. Investitionen, um diesen Problemlagen zu begegnen, sind unumgänglich. Zunächst ist der Ausbau der gerontopsychiatrischen Beratungsdienste dringend geboten.

Stadtteil-, Quartiers- und Familienzentren sind wichtige Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Hier werden belastbare Netze zwischen den Bewohnern geknüpft und das bürgerschaftliche Engagement in den Quartieren gestärkt. Auch diese Strukturen wollen wir fördern.

Die Entscheidung, dass Stuttgart die größte Optionskommune wird und das Jobcenter unter das eigene Dach nimmt, wurde mit breiter Mehrheit gefasst. Durch die absehbare Instrumentenreform des Bundes ab 2012 wird es zu grundlegenden Änderungen bei der Finanzierung der Beschäftigungsförderung kommen. Das beunruhigt uns sehr. Wie schon bei den Arbeitsmarktreformen 2004 ist uns wichtig, dass erfolgreiche Projekte fortgeführt werden. Ob für unseren 'Stuttgarter Weg' etwa eine kommunale Finanzierung unumgänglich ist und unter welchen Prämissen der Arbeitsförderung, darüber muss der Gemeinderat baldmöglichst befinden.

Wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investitionen ins Personal**

Es ist eine gute Nachricht, dass zum Jahresende die Wiederbesetzungssperre aufgehoben werden kann. Dabei alleine kann es nicht bleiben. Ohne motiviertes und gesundes Personal funktioniert eine Verwaltung nicht. Wenn Gesetze und Vorschriften überwacht und der Bürgerin und dem Bürger Rechtssicherheit gegeben werden soll, ist ausreichendes Personal unabdingbar. Besonders in der Kernverwaltung, aber auch in einigen Fachämtern klemmt und hakt es nach den Sparrunden der letzten Konsolidierungsjahre erheblich.

Wir wollen daher zusätzliche Mittel bereitstellen, damit sich die Landeshauptstadt im Wettbewerb um die besten Köpfe auf dem Markt behaupten kann. Das gilt besonders für die Personalgewinnung und -erhaltung in den Bereichen mit schwieriger Bewerberlage, wie z. B. in den Kitas und im arbeitsmedizinischen Dienst. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Abmilderung des demografischen Wandels sind längst überfällig.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Ausbildungsquote bei der Stadt mit ihren Eigenbetrieben und dem Klinikum von knapp acht Prozent gesteigert wird. Jugendliche wünschen sich nach ihrem Schulabschluss eine Chance auf eine gute Ausbildung. Die Stadt muss den Vorteil nutzen, später passgenau ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen zu können.

Und wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investition in Klimaschutz und Energieeinsparung**

Mit einem verbesserten Energiemanagement und der stadtinternen Vorfinanzierung von laufenden Sanierungen an städtischen Gebäuden können Energie einsparende Investitionen vorgezogen werden. Durch die geringeren Energiekosten amortisieren sich die Investitionen - und natürlich wird der Schadstoffausstoß gesenkt; ein Erfolgsmodell, das wir auf die Eigenbetriebe der Stadt ausweiten und für das wir mehr Mittel einsetzen wollen. Dasselbe gilt für das Energieeinsparprogramm für private Hauseigentümer zur energetischen Sanierung von Altbauten. Es ist nach wie vor ein Erfolgsprogramm, weil damit fast zehn Mal mehr privates Kapital investiert wurde, als an Zuschüssen geflossen sind, und weil rund 160 000 Tonnen CO₂ weniger in die Atmosphäre gelangt sind. Da die

beste Energie die ist, die gar nicht erst erzeugt werden muss, hat die Stadt im Zeichen der Energiewende noch Nachholbedarf.

Richtig ist, dass wir uns damit eine ganze Menge vorgenommen haben, dass das alles zusammen genau genommen ein Großprojekt ist. Aber wir haben Folgendes gelernt: Der Oberbürgermeister hat uns bei der Planung von Großprojekten immer wieder in leuchtenden Farben ausgemalt, dass mehr Investitionen mehr Arbeitsplätze schaffen, dass die sogenannte Umwegrentabilität ein Vielfaches betrage, dass die zunehmende Nachfrage für Wirtschaft und Kultur unabdingbar sei. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass das stimmt, dann liegen wir ja richtig, und die Chancen stehen gut, dass wir die meisten unserer Vorstellungen umsetzen können - mit dem Segen des Regierungspräsidiums.

Wir danken allen Beteiligten, die seit Wochen an der Aufstellung des Haushalts- und Stellenplans gearbeitet haben, und stürzen uns mit Verve in die wie immer mühsamen und zeitraubenden Beratungen."

StR Kotz (CDU):

"Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben.' Unter dieses Zitat möchte ich meine Haushaltsrede für die CDU-Gemeinderatsfraktion stellen, und dies aus zwei Gründen. Zum einen stammt das Zitat aus einer Haushaltsrede unserer vor wenigen Tagen verstorbenen und hoch geschätzten Altstadträtin Ingrid Ritter, derer ich damit noch einmal gedenken möchte, und zum anderen passt ihr Zitat wie kaum ein anderes zum aktuellen Haushaltsentwurf der CDU-Fraktion. 'Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben.'

Es gab vor diesem Doppelhaushalt 2012/13 noch keinen Haushalt in der Geschichte unserer Stadt, der ein so großes Finanzvolumen für die Bereiche Kinder, Jugend und Bildung vorsah. Wenn das kein Grund zu großer Hoffnung für die nachfolgende Generation ist!

Doch lassen Sie mich in unserer - zumindest gefühlt - immer schneller voranschreitenden Zeit den Blick noch einmal zwei Jahre zurück werfen. Damals diskutierten wir über einen Doppelhaushalt unter wesentlich schlechteren gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen als heute. Die Weltwirtschaftskrise, die die Kommunen zu jenem Zeitpunkt mit ihrer ganzen Tragweite zu spüren bekamen, machte in der Landeshauptstadt die Verabschiedung eines Haushaltssicherungskonzepts unumgänglich.

Doch obwohl die Wirtschaft heute glücklicherweise wieder boomt und obwohl manche Stadt, wie etwa auch Stuttgart, die Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich besser und schneller überwunden hat, als das alle erwartet haben - ich erinnere: bis heute musste kein Euro der vor zwei Jahren vom Gemeinderat beschlossenen Kreditermächtigung in Höhe von 407 Mio. Euro von der Verwaltung in Anspruch genommen werden -, stellt sich der aktuelle finanzielle Gestaltungsspielraum relativ klein dar. Gerade einmal 46,8 Mio. Euro betragen die Überschüsse nach dem Entwurf des Kämmerers.

Dass in Anbetracht dieser geringen Spielräume bei all den notwendigerweise vorzunehmenden Finanzierungs- und Investitionsmaßnahmen eine Kreditaufnahme nicht zu verhindern ist, ist bedauerlich. Um dennoch dem Auftrag zur kommunalpolitischen Gestaltung seriös nachzukommen, müssen wir uns umso mehr auf das konzentrieren, was in den nächsten Haushaltsjahren unbedingt in Angriff zu nehmen ist. Orientierungsmarke ist für die CDU-Fraktion dabei der Leitsatz: So wenig neue Schulden wie möglich, so viele neue Maßnahmen wie nötig.

Lassen Sie mich dazu - und bevor ich auf die Ihnen vorliegenden Haushaltsanträge der CDU zu sprechen komme - noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Stuttgart steht im Vergleich zu vielen ähnlich großen deutschen Städten in Bezug auf seine Finanzkraft immer noch beispielhaft gut da. Unsere Schulden sind in einem sehr überschaubaren Bereich.

Seit Anfang der neunziger Jahre fährt die Landeshauptstadt, nicht zuletzt auch auf der finanzpolitischen Linie der CDU, einen konsequenten Entschuldungskurs. Die komplette Entschuldung war bis 2009 bereits zum Greifen nahe, hätte nicht der damalige Einbruch der Gewerbesteuer - Stichwort Weltwirtschaftskrise - die schwarze Null nochmals auf spätere Tage verschoben. Dennoch sage ich für meine Fraktion: In Zeiten, in denen die ganze Welt von Schuldenbremsen und ausgeglichenen Haushalten spricht, muss mittelfristig auch Stuttgart dieses Ziel anstreben. Gemütlich auf dem Kissen der bisher niederen Schuldenlast zu liegen und dabei dennoch den Schuldenballon immer dicker werden zu lassen, bis er schließlich platzt, das wird es mit mir und der CDU-Fraktion nicht geben, und das nicht des Sparens um des Sparens willen, sondern weil es aufgrund der Verantwortung vor der nächsten Generation eine Selbstverständlichkeit für jeden Mandatsträger sein muss.

Aber durch die Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt, egal ob sie in Heslach oder Anatolien geboren sind, sind wir auch verpflichtet, dieser Jugend die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Zukunft zu bieten. Vor diesem Hintergrund akzeptieren wir in Anbetracht der enormen Aufgaben eine nach unserem Dafürhalten moderate Kreditermächtigung.

Der Vollständigkeit halber hinzufügen will ich, dass die öffentliche Hand, wie die Stadt sie darstellt, kein Unternehmen ist, das ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Regeln agiert, wie das in der Privatwirtschaft der Fall ist. Die Stadt hat Aufgaben zu erfüllen - ich denke hier etwa an solche der Daseinsvorsorge -, die Regeln unterliegen, welche sich am Wohl der Allgemeinheit ausrichten.

Noch etwas ganz anderes möchte ich an dieser Stelle nicht versäumen zu sagen: Meinen und unseren Dank an die Stadtverwaltung, an die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wieder dazu beigetragen haben, dieses Mammutwerk namens Haushaltsplan mit allem, was an Unterlagen dazugehört, aufzustellen. Im Besonderen gilt der Dank unserem Stadtkämmerer und seinem Team im Referat und in der Stadtkämmerei.

Das Wichtigste ist und bleibt das Thema Bildung und Betreuung. Es gilt die für unsere Zukunft wichtigen Investitionen in diesen Bereichen vorzunehmen, will heißen, man muss der Bugwelle zwingend notwendiger Investitionen mutig entgegentreten und entsprechende Pflöcke setzen, die die Welle allmählich abklingen lassen. Dies tun wir ganz bewusst und präzise.

Wir haben mit den anderen großen Fraktionen gemeinsam einen Antrag gestellt. Darin fordern wir den Um- und Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie die Sanierung der Schulen, indem wir Mittel in Höhe von 300 Mio. Euro für den Doppelhaushalt 2012/2013 einstellen werden. Ich meine, das ist ein klares Zeichen nach außen dafür, welche Bedeutung der Gemeinderat dem Bereich Bildung und Betreuung beimisst. Ich darf deshalb den Fraktionen der Grünen und der SPD danken, dass sie unserem offensiven Kurs für bessere Bildung und Betreuung folgen.

Generell sagt die CDU: Keine Ganztagesbetreuung ohne Anschluss - nicht nur beim Übergang von der Kita in die Schule, sondern auch beim Wechsel von der Grundschule auf die weiterführende Schule. Nur dieser Ansatz ist wirklich familienfreundlich, wollen doch die

Eltern weiter berufstätig bleiben und ihre Kinder in guter Betreuung wissen, wenn diese auf die Haupt- oder Realschule oder aufs Gymnasium wechseln. Aus diesem Grund beantragen wir, neben der Errichtung von Ganztageschulen und Schülerhäusern an Grundschulen, dieses Betreuungsprinzip auch an weiterführenden Schulen im Zeitraum 012/13 umzusetzen.

Zusätzlich zu den gemeinsam mit den anderen Fraktionen beantragten Schulhaussanierungen beantragt die CDU die Umsetzung verschiedener Neu- und Erweiterungsbauten mit Mitteln in

Höhe von 15,6 Mio. Euro. Außerdem will sie für die Schulen - für neue Investitionen und für die Schulentwicklungsplanung - mit insgesamt 3,3 Mio. Euro die entsprechenden Umsetzungen

vorantreiben, denn nur die Sanierung der bestehenden Schulgebäude zu forcieren, wäre deutlich zu kurz gesprungen. Viele unserer Schulen brauchen mehr Platz, um wichtige, gerade auch pädagogische Entwicklungen angehen zu können. Deshalb setzen wir neben Sanierungen auch ganz klar auf Neu- und Erweiterungsbauten, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der aktuell diskutierten Schulentwicklungsplanung.

Bei den Kita-Gebühren sehen wir einen gewissen Spielraum, eine geringfügige Anpassung nach oben vorzunehmen, und sprechen uns deshalb für eine Erhöhung von 73 auf 83 Cent pro Betreuungsstunde und eine Pauschalenerhöhung für den Krippenbesuch von 50 auf 70 Euro aus, was immer noch einen Deckungsbeitrag von unter 10 Prozent ausmacht. Ich denke, damit sind wir weit von überzogenen Erhöhungen entfernt. Vielmehr möchten wir in geringem Umfang die Eltern an den enormen Investitionen, nicht zuletzt auch in Qualitätsverbesserungen, beteiligen.

Lassen Sie mich hier kurz innehalten. Die Beträge, welche die CDU-Fraktion für die Bereiche Kita und Schule beantragt, liegen bei knapp über 400 Millionen Euro. Das ist eine schwindelerregend hohe Zahl. Bricht man sie einmal auf die Einwohner Stuttgarts herunter, ergibt sich daraus in diesem Bereich eine zusätzlich beantragte Investition pro Kopf von über 700 Euro - wohlgemerkt, diese statistische Zahl schließt jeden Bürger dieser Stadt, vom Neugeborenen wie den über hundertjährigen Greis, ein. Noch vor wenigen Jahren hätte sich niemand vorstellen können, dass solche Zahlen in einem Stadthaushalt realistische Größen für diese Bereiche darstellen könnten.

Doch der Investitionsbedarf ist in der Tat so hoch; er wird es auch in den nächsten Jahren bleiben. Und dennoch wissen wir bei diesen Riesensummen, dass es die besten Investitionen sind, die wir tätigen können und müssen, Investitionen in die Kinder, in die Köpfe dieser Stadt und dieses Landes - junge Köpfe, die unsere Wirtschaft dringend braucht, wenn wir weiter im internationalen Wettbewerb ganz vorne mitspielen wollen. Für ein Land wie Deutschland, ohne nennenswerte Bodenschätze, muss es konsequenterweise heißen: Wer nichts im Boden hat, der muss es in den Köpfen haben!

Ich komme zurück zu unseren Anträgen - über 90 an der Zahl stellt die CDU zum Doppelhaushalt. Zugegeben, das sind viele, sie sind Ausfluss intensiver Beratungen in der CDU-Fraktion, und sie zeigen deutlich auf, wofür die CDU steht, wohin die CDU mit ihrer bürgernahen Politik in unserer Stadt will. Die Anzahl der Anträge ist aber eigentlich irrelevant. Wichtig sind die Inhalte, Begründungen und Ziele, welche meine Fraktion darin vorgibt. Nichts davon ist zufällig, sondern nach reiflicher Diskussion, Abwägung und mitunter auch internen Abstimmungen so in Textform gegossen worden. Sagen darf ich deshalb an dieser Stelle auch einmal - ohne väterlich klingen zu wollen -, ich bin stolz auf das, was die CDU-Fraktion erarbeitet hat und wofür wir deshalb gemeinsam stehen und wofür wir in den nächsten Wochen um Mehrheiten werben werden.

Ich möchte hier allerdings auch die Gelegenheit nutzen und feststellen, dass der Antragsumfang hätte geringer ausfallen können, wenn die Verwaltung ihrer Aufgabe nachgekommen wäre, alle die Maßnahmen in den Haushaltsentwurf zu setzen und in ihrer finanziellen Auswirkung entsprechend darzustellen, zu deren Umsetzung die Stadt gar keine Alternative bzw. zu deren Notwendigkeit der Gemeinderat sich bereits eindeutig geäußert hat. Doch hier hat sich die Verwaltung mitunter vornehm zurückgehalten und es vielmehr dem Gemeinderat überlassen, die Einstellung der erforderlichen Mittel zu beantragen, was wiederum aus Sicht der Verwaltung den positiven Effekt hat, dass es hinterher der Gemeinderat gewesen ist, der aus einem Haushaltsentwurf mit Überschuss am Ende einen mit Kreditermächtigungen gemacht hat. Auch wenn es unterm Strich nicht darauf ankommt, wer die Kosten benennt, ich halte diese Arbeitsteilung zwischen Stadtverwaltung und Gemeinderat - um es vorsichtig zu sagen - für bedenklich. Wer Stuttgart zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands ausruft, der muss auch seine Überzeugung und sein Herzblut dafür offensiv im schriftlichen Haushaltsansatz darstellen.

Und auch der Vorschlag der Verwaltung, dringend notwendige Sanierungen zeitlich zu strecken, besticht wirtschaftlich und finanziell nur auf den ersten Blick. Wenn eine Stadt wie Stuttgart am Kapitalmarkt günstigere Darlehenszinsen erreicht als die zu erwartenden Baupreissteigerungen für verschobene Sanierungen, dann darf nicht nur wegen der zum Teil schlimmen Zustände an den Schulen, nein, dann darf auch aus wirtschaftlichen Gründen hier keine Verzögerung vorgenommen werden.

Nun zurück zu den konkreten Haushaltsanträgen, die die Kommunalpolitik der CDU widerspiegeln und die übrigens die rote Linie der CDU-Politik aus den vergangenen Jahren klar erkennbar fortsetzen, was von Verlässlichkeit zeugt. So verhält es sich auch etwa in Sachen Feuerwehr. Die Qualität der Feuerwehr in Stuttgart und damit das Schutzniveau der Stuttgarter Bürger müssen nach unserem Verständnis hoch bleiben. Das ist der übergeordnete Handlungsauftrag, weshalb sich die CDU auf der Grundlage des Feuerwehrbedarfsplans für die Schaffung von 14 Personalstellen im feuerwehrtechnischen Dienst mit einem Kostenvolumen von 1 Mio. Euro jährlich ausgesprochen hat sowie für weitere Stellen in der Feuerwehrverwaltung.

Außerdem will die CDU-Fraktion für den dringend notwendigen Neubau der Feuer- und Rettungswache Filder die dafür notwendigen Planungsmittel in Höhe von 1,4 Mio. Euro bereitstellen sowie 3,3 Mio. Euro für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr in Stammheim und 50.000 Euro Planungsmittel für Sozialräume der Freiwilligen Feuerwehr in Münster.

Um Stuttgart gerade in der Innenstadt noch attraktiver zu machen, sehen wir Handlungsbedarf für die Umgestaltung der Lautenschlagerstraße und die Sanierung der Marienstraße oder etwa die Instandsetzung der Kronprinzstraße.

Ebenso kommt in Stuttgart den Stadtteilen, also dort, wo die Menschen leben, wo die Kinder zur Schule gehen, wo die Spielplätze sind, Einkäufe erledigt und Stadtteilstern gefeiert werden und und und - diesen unseren Stadtteilen kommt eine herausragende Bedeutung in Bezug auf die Attraktivität in Form von hoher Lebensqualität zu. Diese wollen wir weiter steigern, weshalb ich exemplarisch für unsere Außenstadtbezirke auf die Sanierung des alten Rathauses in Weilimdorf hinweise oder auf die Stärkung des Einzelhandels durch den Bau einer Tiefgarage in Möhringen oder auf zu verbessernde Radwege in Botnang oder auf die dringend notwendige Beleuchtung des Fußwegs in der Verlängerung der Markgräferstraße nach Rotenberg hinauf.

Das Thema Parken durch die Weiterentwicklung und Ausdehnung sich bewährender 'intelligenter' Möglichkeiten bezieht sich auf das Parkraummanagement genauso wie etwa auf die Tiefgarage Rossbollengässle oder die Garage unter der neuen Turnhalle des

Friedrich-Eugen-Gymnasiums.

Generell legt die CDU großen Wert darauf, zukunftssträchtige Antworten auf die Frage zu geben, wie die Mobilität in dieser Stadt aufrechterhalten und den Anforderungen von morgen angepasst werden kann. Deshalb unterstreichen wir unseren umfangreichen Antrag zur Mobilität, der die Elektro-Mobilität ins Zentrum stellt und dennoch alle Verkehrsarten - neben dem Auto etwa das Fahrrad und den ÖPNV - thematisiert. Gleichmaßen ist in der Integrierten Verkehrsleitzentrale ein wichtiges Element zur Förderung der Mobilität zu sehen, die deshalb weiterzuentwickeln und auszubauen ist, was wir beantragen.

Um die weitere Verschlechterung des Straßenzustands, aus der erhebliche negative Folgen für alle Verkehrsteilnehmer resultieren, zu stoppen, wollen wir die Mittel für Straßensanierungen um 20 Prozent auf jährlich 8 Mio. Euro aufstocken.

Nicht zuletzt von wirtschaftlicher Bedeutung für Stuttgart sind vor allem die Straßenprojekte wie der Vollanschluss Breitwiesenstraße für das Gewerbegebiet Vaihingen/Möhringen und der Vollanschluss B 27/Sigmaringer Straße im Gewerbegebiet Tränke in Degerloch.

Neben zahlreichen Anträgen, die die CDU auch dieses Jahr wieder gestellt hat mit dem Ziel, den Umweltschutz zu stärken, beantragt sie, im Doppelhaushalt 2012/2013 für das Energiesparprogramm bzw. unser -beratungszentrum insgesamt 5 Mio. Euro bereitzustellen sowie weitere Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Programm. Unabhängig davon betrachten wir aber - und das wird in den vielen unterm Jahr beschlossenen Maßnahmen und CDU-Anträgen deutlich - Umweltschutz nicht als isoliertes Politikfeld, sondern als übergeordnete Aufgabe, die in sehr viele Politikbereiche hineinspielt und mit der notwendigen Nachdrücklichkeit und Nachhaltigkeit in entsprechende Maßnahmen münden muss.

Die beantragten Maßnahmen in den Bereichen Soziales und Gesundheit nehmen ein beachtliches finanzielles Volumen mit weit reichenden positiven Effekten für die jeweiligen Zielgruppen in unserer Stadt ein. Diese Maßnahmen gehen vom Ausbau der frühen Hilfen für Familien über die Zuschusserhöhung der Männerinterventionshilfe, Stellenschaffungen bei der Anlaufstelle für Prostitution, Förderbeträge für die Ambulante Suchthilfe bis zur Bereitstellung von spezifischen Angeboten im Bereich Älterwerden in Stuttgart.

Unser Stuttgarter Klinikum, auf das der Gemeinderat und alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter zu Recht stolz sein dürfen, wird mit Sicherheit auch noch ein Thema im Rahmen der beginnenden Haushaltsberatungen sein. Die CDU-Fraktion findet es schade, dass die Verwaltung es nicht geschafft hat, bis zu den internen Beratungen in den Fraktionen weder über die rote Wunschliste der Referate noch über einen Wirtschaftsplan eine entsprechende Grundlage zu schaffen, damit Beratungen stattfinden können. Wir halten es nicht für richtig und sinnvoll, pauschal mal 25 Mio. Euro im Jahr zu beantragen, ohne zu wissen, wie nötig es ist und wofür.

Die Politik für die junge Generation liegt der CDU besonders am Herzen. Beispielhaft sei die Kindertagespflege in Stuttgart genannt. Ein besonderes Augenmerk erhält auch die Schulsozialarbeit ebenso wie etwa die Sprachförderung oder die Sanierung des Waldheims Degerloch. Mit der Einstellung von über 1,5 Mio. Euro wollen wir, dass die Jugendhäuser Zuffenhausen und Vaihingen saniert werden. Was das Kolpinghaus Bad Cannstatt angeht, das einen vorbildlichen Beitrag zur Unterstützung der in Ausbildung sich befindenden Jugendlichen leistet und damit auch als Förderer der hiesigen Wirtschaft fungiert, so fordern wir einen Baukostenzuschuss für die notwendige Generalsanierung in Höhe von 3 Mio. Euro.

Mit der Maßgabe, Stuttgarts vielfältiges Kulturangebot, das in vielen Einzelsparten weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus Renommee besitzt, zu sichern, wollen wir mit einem detaillierten Kulturantrag 2 Mio. Euro in den Doppelhaushalt einstellen. Darin enthalten sind einmalige Ausgaben für Kulturinstitutionen genauso wie Erhöhungen projektgebundener und institutioneller Zuwendungen.

Dem Sport, seinen Vereinen und dem hier in hohem Maße verankerten ehrenamtlichen Engagement kommt eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung zu, weshalb die CDU hier in bedeutendem Umfang Investitionen vorsieht - auch vor dem Hintergrund, dass im letzten Haushalt aufgrund der angespannten finanziellen Situation manches hintanstellen musste. Allein für die Unterstützung der Sportvereine bei der Bewältigung neuer Herausforderungen, nicht zuletzt durch Veränderungen in der Bildungslandschaft, beantragt meine Fraktion zusätzliche Zuschüsse an die Vereine in Höhe von 1 Mio. Euro.

Das Verfahren der Bürgerbeteiligung am Stadthaushalt in Form des Bürgerhaushalts ist auf Anhieb ein Erfolg geworden. Die CDU-Fraktion will, dass dieses Verfahren in den kommenden Jahren fortgeführt wird und noch mehr Menschen in geeigneter Weise dazu motiviert werden, sich in die Aufstellung des Haushalts einzubringen. Viele Vorschläge aus der Ergebnisliste des Bürgerhaushalts schlagen sich in den Haushaltsanträgen der CDU-Fraktion sowie in ihrer generellen bürgernahen Politik nieder. Darunter finden sich selbstverständlich der Erhalt und die Sanierung des Sillenbacher Bädles, das bekanntlich auf Platz 1 des Bürgerhaushalts gelandet ist, aber auch viele weitere Projekte.

In ihren Sitzungen der vergangenen Wochen hat die CDU-Fraktion sehr intensiv über eine Senkung der Grundsteuer debattiert. Im Grunde genommen ist die CDU dafür, den Hebesatz - nachdem er im vergangenen Haushalt von der öko-linken Mehrheit erhöht wurde - zu reduzieren. Das andere Argument, das in der jetzigen Haushaltssituation nach heftigem internen Ringen letztlich ausschlaggebend dafür war, dies nicht zu beantragen, war, dass bei einer Grundsteuersenkung eine noch größere Kreditaufnahme notwendig werden würde, was finanzpolitisch im Interesse des Allgemeinwohls und vor allem in der Verantwortung für die junge Generation nicht nur unvernünftig, sondern auch nicht zu vertreten wäre. Deshalb beantragt die CDU schweren Herzens, aber im Kontext der haushalterischen Rahmenbedingungen der Stadt Stuttgart, keine Grundsteuersenkung. Die elementar großen Aufgaben, wie die Betreuung und Bildung unserer Kinder, von deren Erledigung eine positive Zukunft unserer Stadt entscheidend mit abhängt, sind in unserer Stadtgesellschaft von allen gemeinsam zu stemmen. Die Steuereinnahmen sind hier bestens und mit Zukunftsrendite für alle Bürgerinnen und Bürger angelegt.

Aber blicken wir auch etwas in die weitere Zukunft über 2013 hinaus. Ich sehe hier auch in den folgenden Haushalten immense finanzielle Bedarfe. Als Beispiele nennen möchte ich unsere SSB, wo Sanierungen in Fahrzeuge und Gleiskörper in großem Stil auf uns zukommen oder etwa unser Klinikum, wo ebenfalls zusätzliche Investitionen in den kommenden Haushalten ein Thema sein werden.

Auf der anderen Seite sehe ich keine überproportionalen positiven Entwicklungen auf der Einnahmenseite in der Zukunft. Wollen wir in kommenden Haushaltsberatungen auch nur den Hauch einer Chance für ausgeglichene Haushalte haben, müssen wir die wenigen zur Verfügung stehenden Stellschrauben richtig justieren. Die eine davon so, dass konsequent für den Erhalt und die Neuansiedlung von Unternehmen in unserer Stadt geworben und gearbeitet wird. Es kann nicht sein, dass große Unternehmen, und damit Gewerbesteuerzahler, die Stadt verlassen, weil die Verwaltung und die Mehrheit im Gemeinderat nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, zwingenden Erfordernissen dieser Unternehmen gerecht zu werden. Jeden Wegzug eines Unternehmens und damit eines Gewerbesteuerzahlers merken wir in den Haushaltsberatungen der Zukunft, und noch

schmerzhafter spüren dies letztlich die Bürgerinnen und Bürger aufgrund weniger zu ermöglichender Angebote der Stadt.

Die zweite Stellschraube ist unsere Einwohnerzahl. Bei dem hohen Anteil an Fixkosten der Stadt für ihre Einrichtungen aller Bereiche, vom Schwimmbad bis zum Opernhaus, werden zukünftige Haushalte nur mit mindestens gleich hoher oder besser noch gesteigerter Einwohnerzahl und den daraus resultierenden Finanzaufweisungen ohne Schuldenexplosion möglich sein. Ich möchte diesen Zusammenhang all denjenigen in diesem hohen Hause ans Herzen legen, die hier und heute - und in der Presse der letzten Tage - das Jammerlied singen, was alles notwendig gewesen wäre, man aber kein Geld dafür hätte, und dann diese gleichen Stadträte die Hand zur Abstimmung heben, wenn es darum geht, Baugebiete für junge Familien und neue Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt zu verhindern. Meine werten Kolleginnen und Kollegen, das lasse ich Ihnen, und dass lässt die CDU-Fraktion Ihnen so nicht durchgehen. Dass vor diesem Hintergrund keiner in diesem Raum ernsthaft gegen Stuttgart 21 und seine städtebauliche Chance sein darf, versteht sich ja wohl von selbst.

'So wenig neue Schulden wie möglich, so viele neue Maßnahmen wie nötig' war soweit die richtige Orientierung unserer Fraktion auf dem Weg, einen vor den Bürgern dieser Stadt gut zu verantwortenden Haushalt aufzustellen. Weder Totsparen noch Schuldenüberhäufung führen zum Ziel - der Weg dorthin liegt genau in der Mitte. Lassen sie ihn uns für die gute Zukunft der Kinder in unserer Stadt zumindest bis zum 16. Dezember gemeinsam gehen."

StRin Dr. Blind (SPD):

"Auch wenn es oft verwendet wird, bleibt es eines der richtigsten und wichtigsten Zitate von Willy Brandt: 'Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.'

Wir stehen vor wichtigen Weichenstellungen in dieser Stadt für die kommenden zwei Jahre. Entsprechend dem Zitat von Willy Brandt werden wir, die SPD-Gemeinderatsfraktion, die Kraft haben, Gutes für die Menschen in Stuttgart zu bewirken. Wir werden auf der Höhe der Zeit sein, ohne dem Zeitgeist hinterherzulaufen. Wir wollen Antworten auf neue Herausforderungen geben und gleichzeitig an unseren Grundsätzen festhalten - schließlich feiern wir in zwei Jahren das 150-jährige Bestehen der Sozialdemokratie. Da können unsere Grundsätze so altmodisch nicht sein.

In Bezug auf die haushaltspolitischen Weichenstellungen sind unsere sozialdemokratischen Grundsätze Solidität, Solidarität und soziale Verantwortung. Sie werden sie in unserem Haushaltsprogramm spüren.

Die SPD legt ein Haushaltsprogramm mit drei Schwerpunkten vor.

1. Kinder und Jugendliche
2. Infrastruktur erhalten
3. Zukunftsfähige Stadt

Lassen Sie mich diese Schwerpunkte der Reihe nach erläutern.

1. Schwerpunkt: Kinder und Jugendliche

Wir wollen gute Lebenschancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt. Wir wollen ihnen Raum geben, fröhlich und lebendig, neugierig und wissbegierig zu sein, und

vielfältige, gute Erfahrungen mit sich und anderen zu machen.

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen sind die drei großen Fraktionen einen höchst ungewöhnlichen Weg gegangen: Sie haben einen gemeinsamen Haushaltsantrag gestellt. Im löblichen Bemühen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, haben Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, Herr Erster Bürgermeister, wichtige Zielbeschlüsse des Gemeinderats sozusagen vergessen, die Beschlüsse nämlich zum Ausbau der Kinderbetreuung und zur Schulsanierung.

Wir alle wissen, dass bis zum Sommer 2013 jedes Kleinkind einen Rechtsanspruch auf einen

Kitaplatz hat. Davon sind wir weit entfernt. Jeden Sommer bekommen wir Briefe von verzweifelten Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr kleines Kind bekommen haben, aber arbeiten müssen. Was sollen wir ihnen denn raten? Es hilft ihnen überhaupt nichts, dass wir das Problem kennen. Die Verwaltungsspitze hat einen wunderbar schuldenfreien Haushaltsentwurf vorgelegt, aber Mittel für den zügigen Ausbau der Kitas haben Sie nicht in den Haushalt eingestellt, Herr Oberbürgermeister.

Was die Sanierung unserer Schulen betrifft, so hat sich herausgestellt, dass die im Haushalt eingestellten 100 Millionen hinten und vorne nicht reichen, dass weitere 120 Millionen bereits jetzt dringend nötig sind. Auch das haben Grüne, CDU und wir gemeinsam beantragt, und ich bin froh, dass wir uns auch hier gemeinsam unserer Verantwortung stellen.

Um die Schulsanierungen ranken sich etliche Legenden. Zweierlei möchte ich klarstellen.

1. Seit vielen Jahren, nicht erst seit zwei Jahren, war der massive Sanierungsstau in unseren Schulen bekannt. Oberbürgermeister, Erster Bürgermeister, Schulbürgermeisterinnen und die damalige Gemeinderatsmehrheit haben die Augen vor der Misere verschlossen. Vor zwei Jahren war das dann nicht mehr möglich.

2. Für Öffentlichkeit und Presse war es immer hoch spannend, welche Schulen denn nun neue Fenster oder eine neue Heizung bekommen und welche Fraktion sich für was einsetzt. Oft wurde nicht da saniert, wo es am nötigsten war, sondern da, wo Fraktionen meinten, am meisten punkten zu können.

Vor zwei Jahren hat die SPD - und es war die SPD - 'stopp' zu diesem Verfahren gesagt. Wir haben verlangt, dass der gesamte Sanierungsstau auf den Tisch gelegt wird und die Reihenfolge der Sanierungen dann nach objektiven Kriterien festgelegt wird. Darum haben wir hart - sehr hart - gekämpft, und wir konnten damit in der Öffentlichkeit ganz und gar nicht punkten, denn im Reigen derer, die sich für das Gymnasium A oder die Grundschule B eingesetzt haben, kamen alle anderen Fraktionen vor, aber wir ja nicht.

Aber schließlich konnten wir alle überzeugen; das Unternehmen Drees und Sommer wurde beauftragt, den Zustand der Schulen zu untersuchen. Die Liste der Mängel wurde lang und länger, die Kosten entpuppten sich als immer noch mal höher. Es ist gut, dass wir alle hier im Gemeinderat uns einig sind, dass die Schulen zügig saniert werden müssen. Schimmel an den Wänden, stinkende Toiletten, horrende Heizkosten - das alles wird bald Vergangenheit sein.

Es reicht nicht, Schulen zu sanieren. Wir müssen auch neue Schulgebäude bauen. Bei der Schule für Körperbehinderte z. B. wurde vor vier Jahren ein Gebäude geschlossen, weil es allzu marode war. Seit vier Jahren muss sich die Schule nun irgendwie behelfen, seit vier Jahren leben die schwer körperbehinderten Kinder und ihre Lehrer im Interimszustand. Das

wollen wir beenden.

Gebäude allein machen aber noch keine gute Schule. Vor 50 Jahren war ich im Schüler austausch in Grenoble und habe eine Ganztagschule erlebt - vollkommen undenkbar damals in Deutschland. Allmählich kommt man auch hier in die Gänge. Wir unterstützen den Vorschlag der Verwaltung, dass alle Stuttgarter Grundschulen zu Ganztagschulen werden sollen. Dies ist ein großes, ehrgeiziges Ziel, das wir zügig erreichen wollen.

Gebäude allein machen noch keine gute Schule. Direktoren und Lehrer erzählen uns immer wieder, wie in unserer hoch komplexen Welt die Problemlagen von Schülerinnen und Schülern zunehmen und wie Mitschüler und Lehrer beleidigt werden. Schulsozialarbeit ist ein Erfolgsmodell. Wie Sie sicher alle erwartet haben, werden wir sie weiter ausbauen.

Gute Schule und gute Kinderbetreuung sind eminent wichtig für unsere Kinder und Jugendlichen. Für die Entwicklung der Kinder noch wichtiger aber sind ihre Eltern. Hunderte von Kindern in unserer Stadt erleben nicht den Schutz und die Hilfe von ihren Eltern, die sie brauchen würden. Ihre Eltern sind psychisch krank oder leiden an einer Suchterkrankung. Ein Vater, der in einer Depression versinkt, nicht mehr am Leben teilnehmen kann, zu dem das Kind keinen Zugang mehr findet - was ist das für ein Schicksal! Eine schizophrene Mutter, von Wahnvorstellungen beherrscht, die in einer schrecklichen anderen Welt lebt und ihr Kind nicht mehr kennt - das Leid dieser Kinder ist unfassbar. Diese Kinder dürfen nicht im Stich gelassen werden. Das heißt, dass die Begleitprojekte von freien Trägern angemessen finanziell unterstützt werden müssen.

Auch in diesem Doppelhaushalt geht es uns vor allem um Kinder und Jugendliche.

2. Schwerpunkt: Infrastruktur erhalten

Nicht nur bei den Schulen, auch in anderen Bereichen stehen wir vor einem Sanierungsstau. Das Sillenbacher Bädle muss im Herbst 2012 entweder saniert oder geschlossen werden, das Höhenfreibad Killesberg verliert Wasser. Waldheime, Jugendfarmen, Jugendhäuser stehen zur Sanierung an. Sportplätze müssen zu Kunstrasenplätzen umgebaut werden, der Zustand unserer Straßen wird jedes Jahr ein bisschen schlechter.

Den Bürgern ist es außerordentlich wichtig, dass wir unsere Infrastruktur in gutem Zustand halten. Der Bürgerhaushalt hat dies gezeigt. Im Bürgerhaushalt hat es das Sillenbacher Bädle auf den ersten Platz gebracht, auf Platz 2 steht das Farmgebäude der Jugendfarm Zuffenhausen, und auch der Neubau des mehr als 50 Jahre alten Saals im Waldheim Degerloch findet sich auf der Liste der Top 100 des Bürgerhaushalts. Freibäder, Waldheime, Jugendfarm, Jugendhäuser, Sportplätze - Kinder und Jugendliche können dort schwimmen und toben und Fußball spielen, Natur und Tiere erleben, und wir wollen das im Haushalt unterstützen.

Infrastruktur erhalten - das gilt auch für die Stuttgarter Stäffele. Im Haushalt ist Geld eingestellt, um unsere Stäffele gerade so zu erhalten. Man kann sie noch benutzen, man bricht sich nicht Hals und Bein, sie müssen noch nicht gesperrt werden. Aber unsere Vorfahren haben uns wunderschöne Treppenanlagen hinterlassen, mit kunstvollen Geländern und Balustraden, mit schönen Treppenstufen aus Naturstein oder gepflastert. Viel Mühe und viel Geld haben sie dafür eingesetzt. Stäffele in Stuttgart sind ein Kulturgut. Sie entstanden damals, als die Stadt die Hänge hinauf wuchs, sie lösten die alten Weinbergstaffeln ab. Die Stuttgarter Stäffele werden in Büchern gerühmt, sie sind eine Touristenattraktion. Welche Stadt hat schon 400 Stäffele? Die SPD-Fraktion hält es für notwendig, ein Sonderprogramm 'Kulturgut Stäffele' aufzulegen, damit sie als Kulturgut

erhalten werden können.

Und wenn wir mit unserer Infrastruktur gut umgehen wollen, dann gehört dazu auch unser Klinikum. Das Olgäle ist hoch renommiert, doch die Fallpauschalen sind deutlich zu niedrig, um die Kosten abzudecken. Und für die erwartete anspruchsvolle medizinische Versorgung braucht das Klinikum neue Großgeräte. Kreditermächtigungen allein helfen nicht weiter. Wir müssen Olgäle und Klinikum Geld zuschießen.

Wenn wir unsere Stadt in einem guten Zustand halten wollen, dann brauchen wir dafür die Mitarbeiter. Hier klemmt es an etlichen Ecken. Ein paar Beispiele.

- Investoren und Architekten klagen, dass es sich hinzieht, bis sie eine Baugenehmigung bekommen. Die Erklärung ist einfach: Im Baurechtsamt fehlen Mitarbeiter.
- Bürger klagen, dass in Tempo-30-Zonen zu schnell gefahren wird. Da helfen mobile Geschwindigkeitskontrollen. Aber Messfahrzeuge bleiben in der Garage stehen, weil es an Personal fehlt.
- Spaziergänger klagen über illegale Hütten und Gartenhausvergrößerungen in der freien Landschaft. Man müsste kontrollieren und einschreiten, aber das Personal dafür fehlt.
- Wir feiern 10 Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration. Wir rühmen uns unserer kompetenten und erfolgreichen Integrationsarbeit, wir sonnen uns in bundesweiter Anerkennung. Ein Drittel der Stellen in der Stabsstelle Integration werden jetzt wegfallen, weil ihre externe Förderung ausläuft. Entsprechend dem vorgelegten Haushaltsentwurf sollen sie ersatzlos wegfallen.

Herr Oberbürgermeister, glauben Sie denn wirklich, dass Ihre Stabsstelle Integration auf ein Drittel der Mitarbeiter verzichten kann?

Wir müssen in diesen Haushaltsberatungen ernsthaft darüber nachdenken, wie viele Mitarbeiter notwendig sind, damit unsere Stadtverwaltung angemessen und gut arbeiten kann. Die SPD hat die entsprechenden Anträge gestellt.

3. Schwerpunkt: Zukunftsfähige Stadt

Eine zukunftsfähige Stadt tut das ihr Mögliche, um den Klimawandel zu begrenzen. Es ist stiller geworden um den Klimawandel, andere Themen beherrschen die politische Bühne: Eurokrise, Volksentscheid. Doch der Klimawandel geht weiter. Leise, unspektakulär geht er weiter. Wir Menschen haben kein Sinnesorgan, mit dem wir den Klimawandel messen können. Wir freuen uns über schöne Sommer und warme Herbsttage; wir erinnern uns lange an Schneemassen und klirrende Kälte - und der Klimawandel geht im Hintergrund weiter. Die Alpengletscher schmelzen Jahr um Jahr ein wenig weiter ab, die Eisflächen an Arktis und Antarktis werden jedes Jahr ein wenig kleiner. Der Klimawandel wird uns teuer zu stehen kommen, die wirtschaftlichen Folgekosten sind enorm. Deshalb müssen wir ernsthaft daran arbeiten, den Klimawandel zu begrenzen.

Das heißt: Der Fonds für das stadtinterne Contracting muss erhöht werden. Das Geld fließt in Maßnahmen zur Energieeinsparung und fließt als eingesparte Energiekosten wieder zurück in den Fonds. Unter dem Strich und mittelfristig wird Geld gespart.

Wir werden in den nächsten Jahren ungeheuer viel Geld in die Sanierung von Schulen und in neue Kitas stecken. Es ist unabdingbar notwendig, dass wir dabei auf einen anspruchsvollen

Energiestandard achten. Und wir müssen ein Klimaschutzkonzept 2050 entwickeln. Wir alle wissen, dass wir bis 2050 nur noch 10, maximal 20 % so viel CO₂ ausstoßen dürfen wie heute. Es ist kaum vorstellbar, wie das gehen soll. Und doch, wir müssen gangbare Wege zu diesem unendlich schwierigen Ziel finden, mit dem Klimaschutzkonzept 2050.

Wer vom Klima redet, muss auch vom Verkehr reden, denn ein Drittel der CO₂-Produktion der privaten Haushalte geht auf das Konto des Verkehrs. Deshalb fördern wir den öffentlichen Verkehr, deshalb fördern wir den Radverkehr. Wir sorgen dafür, dass die Hauptradroute 1 von Vaihingen nach Fellbach im nächsten Jahr fertiggestellt wird. Ein durchgehender Radweg in Stuttgart, einmal quer durch die Stadt, ohne die bislang so Stuttgart-typischen Unterbrechungen - also ein wirklich durchgehender Radweg: Ein neues Kapitel im Radverkehr unserer Stadt wird aufgeschlagen.

Eine zukunftsfähige Stadt ist eine fußgängerfreundliche Stadt. Wer mit jüngeren Kindern den Schulweg einübt, der erlebt, wie jede Straße für Kinder eine gefährliche Hürde ist. Wenn ein Kind die Straße zwischen parkenden Autos überquert: Sieht das Kind das heranfahrende Auto? Sieht der Autofahrer das Kind? Kann das Kind überhaupt die Straße überblicken? Wenn Straßen in üppiger und schleppkurvengerechter Breite in andere Straßen einmünden: Können Kinder die Verkehrssituation überschauen? Sind sie sicher beim unnötig langen Weg über die Straße?

Man weiß, dass Eltern vor nichts so sehr Angst haben wie davor, ihr Kind könnte im Straßenverkehr verunglücken. Deshalb dürfen Kinder immer weniger Wege selbstständig zurücklegen. Deshalb werden Kinder immer mehr im Auto transportiert. Für die gesunde Entwicklung von Kindern aber ist unabdingbar, dass sie allein und selbstständig zu Freunden gehen können, auf den Spielplatz, in die Musikschule, zum Sport. Die SPD will ein Sonderprogramm auflegen, ein Sonderprogramm 'Kinder kommen sicher über die Straße'. Es geht dabei um Maßnahmen wie Gehweg-nasen, Querungshilfen, Rückbau überbreiter Straßeneinmündungen, und das kommt natürlich allen Fußgängern zugute.

An welchen weiteren Parametern misst sich die Zukunftsfähigkeit einer Stadt?

Gute und bezahlbare Wohnungen sind dafür unabdingbar, ein arbeitsfähiges Gesundheitsamt - ein arbeitsfähiges, kein zusammengespartes Gesundheitsamt -, ein reiches, vielfältiges Kulturangebot. Kultur, die unser Leben bereichert, Kultur, die uns daran erinnert, wo wir herkommen, die sich mit den menschlichen Lebens- und Schicksalsfragen befasst: Große Aufgaben stehen hier vor uns, John-Cranko-Schule, Gauthier-Dance, Stadtmuseum, kommunales Kino - um nur einiges zu nennen.

Und schließlich: Zukunftsfähig ist eine Stadt nur, wenn sie von ihren Bürgern geliebt wird. Dazu gehören qualitätvolle Straßen und Plätze, dazu gehören Bäume, Parks und abwechslungsreiche Landschaftsräume. Die Umgestaltung der Querspange muss fortgesetzt werden. Die obere Eberhardstraße und die Torstraße stehen jetzt zur Umgestaltung an, und genauso die Marienstraße. Auch hier soll wieder lebendiger, städtischer Raum entstehen. Und wir wollen den verwunschenen Park der Villa Scheufelen, direkt beim dicht bebauten Olgaek, für die Bürgerinnen und Bürger nutzbar machen.

Wir arbeiten an einer zukunftsfähigen Stadt, die von ihren Bürgern geliebt wird, in der es den Kindern - allen Kindern - gut geht, in der sich die Menschen wohlfühlen, und in der wir - Gemeinderat und Stadtverwaltung gemeinsam - die drängenden Zukunftsaufgaben mutig, beherzt und verantwortungsvoll angehen.

Zum Schluss danke ich allen Beschäftigten der Verwaltung, der Eigenbetriebe und der Beteiligungsgesellschaften für ihre gute, engagierte Arbeit das ganze Jahr hindurch und für die aufschlussreichen Mitteilungsvorlagen im Vorfeld der Haushaltsberatungen. Mein Dank gilt ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei.

Enden möchte ich mit einem Zitat von Louis Mecken, an das wir denken sollten, wenn wir in

den nächsten Wochen nun viele Probleme lösen müssen: 'Für jedes Problem gibt es eine Lösung, die einfach, klar, sauber - und falsch ist'."

StR Gulde (FW):

"Als im Jahr 2000 die Internetblase platzte und die Börse in den Boden zog, konnte man noch von Korrekturen eines Marktes sprechen. Die nächste Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hatte schon eine andere Dimension - billige, faule Kredite, um den Kauf von Immobilien zu erleichtern, und das Verpacken derer in Bankprodukte, die kein Normalsterblicher mehr verstand, waren der Auslöser einer weltweiten Banken- und Wirtschaftskrise. Und heute, nur drei Jahre später, wird die Rettung des Euros als solchem diskutiert und werden Rettungsschirme über Europa aufgespannt, die einer Sonnenfinsternis gleichkommen. Jedenfalls wird einem bei der Dimension der Zahlen leicht schwarz vor den Augen. Für mich war es auch unglaublich, wie das Repräsentantenhaus und der Senat in den USA ihr Triple A aus parteipolitischen Erwägungen an die Wand gefahren haben, mit allen Folgewirkungen weltweit.

Da frage ich mich schon: Kann das noch gut gehen? Ist die Politik der Aufgabe gewachsen? Oder ist sie selbst das Problem? Ich jedenfalls habe noch kein vergleichbares Staccato der Wirtschaftskrisen erlebt, ich kann es mit nichts in meinem Leben vergleichen. Dennoch läuft das Leben hier in Stuttgart anscheinend in seinen gewohnten Bahnen, wir beraten in den kommenden Wochen den Doppelhaushalt 2012/2013.

Wir Freien Wähler sehen Haushaltspolitik immer sehr pragmatisch: Was sind Pflichtaufgaben, was muss sein, was wäre schön - mit gesundem Menschenverstand, wirtschaftlicher Vernunft und ohne parteipolitische Scheuklappen. Da wir allein Kommunalpolitik vor Ort betreiben, sind wir auch von allen anderen Wahlzwingen unabhängig, wir müssen nicht für die vielen Schaufenster der Politik 'liefern'. Lassen Sie mich das an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Unsere Unabhängigkeit kommt allen Stuttgarterinnen und Stuttgartern zugute.

Als Ausgangspunkt kalkulieren wir dabei so, wie es jeder Privathaushalt auf Dauer tun sollte: Wie viel Geld haben wir zur Verfügung? Welche langfristigen Anschaffungen wollen wir eventuell finanzieren und was sind unsere Prioritäten? Ist ein Urlaub noch drin oder müssen wir das Häusle richten und bleiben wir daheim? Müssen wir für das Häusle einen Kredit aufnehmen oder schaffen wir es mit sparsamem Lebenswandel? Auf den Punkt gebracht heißt das: E größer A, was besagt: Einnahmen größer Ausgaben. Und auf den Stadthaushalt übertragen heißt das: Es stehen hohe Einnahmen zur Verfügung, die wir in einer verantwortungsbewussten Priorisierung zum Nutzen der Stuttgarterinnen und Stuttgarter verwenden wollen.

Von Krise scheint in Stuttgart keine Spur, und nach einem recht schmerzhaften letzten Sparhaushalt ist die Versuchung groß, endlich mal wieder aus dem Vollen zu schöpfen und großzügig zu verteilen. In keinem früheren Haushalt jedenfalls, den ich erlebt habe, waren die Forderungen nach Stellenzuwachsen größer als in diesem, sowohl von den Personalräten als auch von den Ämtern - nur Mangel allenthalben, Überforderungen, Zitronengefühle, Zusammenbrüche einer geordneten Verwaltung.

Hallo! Ging Griechenland erkenntnislos an uns vorüber, ist nicht eines der Probleme eine ausufernde Verwaltung? Gilt es nicht eine Verträglichkeit zwischen Produktion und Verwaltung in einer Gesellschaft zu bewahren? Anscheinend nicht - nicht fünf Stellen mehr, 50 oder 100

oder noch mehr sollen es schon sein. Meine Damen und Herren, das sehen wir als abenteuerlich an.

Um nicht missverstanden zu werden: Wir möchten nicht, dass unsere Mitarbeiter im Burn-out verglühen, weil diese mit immer mehr Aufgaben zusätzlich belastet werden. Was wir stattdessen fordern, ist ein Maßhalten mit der Verwaltung. Dazu wünschen wir uns von der Verwaltung Vorschläge, wo wir sinnlos verwalten, wo der Verwaltungsaufwand den Verwaltungsnutzen übersteigt, und ich selbst hätte mindestens drei Beispiele dafür.

Einen großen Teil der Haushaltsplanung nimmt der Bereich Familie, Bildung, Gesundheit und Soziales ein. Zu Recht, wie wir Freien Wähler meinen, denn nur in einer sozialen Marktwirtschaft kann sich eine friedliche Gesellschaft wie hier in Deutschland nach 1945 entwickeln und auch als solche bestehen. Wir treten daher für eine Stärkung des Mittelstandes ein, nicht nur als Lippenbekenntnis, und haben in unseren Entscheidungen dabei immer den eigenverantwortlichen Menschen vor Augen. Der Mittelstand, bestehend aus Kleinunternehmen, Handwerkern, Angestellten, Beamten und Arbeitern, ist das Rückgrat, das unsere Gesellschaft trägt. Diesen Mittelstand müssen wir vor Bandscheibenschäden schützen, damit er auch in Zukunft die Gesellschaft tragen kann.

Und wir appellieren nicht zuletzt aus diesem Grund an den Gemeinderat, den Verlockungen einer Gewerbesteuererhöhung bis zum Ende dieser Beratungen nicht zu erliegen und nicht die kleinen Unternehmen und Unternehmer noch weiter auszupressen, weil es gerade so reinpasst. Ich bin insofern froh zu hören, dass von der SPD und von den Grünen bisher noch keine derartigen Vorschläge gekommen sind. Es sind die Unternehmen, in denen die Mitarbeiter zuletzt 'freigesetzt' werden. Der Erste Bürgermeister hat dazu vor zwei Wochen ausgeführt, dass das Gewerbesteueraufkommen für die kommenden zwei Jahre auf einem guten Niveau liegt, allerdings ohne Sonderentwicklungen mit Sondereinnahmen. Die Gewerbesteuer trifft bekannterweise gerade die kleineren Personengesellschaften besonders, da die Gewerbesteuer mit einem Hebesatz von 380 Punkten nicht mehr voll gegen die Einkommensteuer angerechnet werden kann.

In der Bildungspolitik ist zu hören, dass mit dem Regierungswechsel viele neue Dinge möglich sind. Wir sind offen und gespannt, ob das Land unter neuer Regierung wenigstens seinen gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen besser nachkommt, als es die alte Regierung über viele Jahre getan hat.

Neue Schulmodelle sollen ausprobiert werden. Wir werden das Thema mit Interesse verfolgen. Der städtische Schulentwicklungsplan trifft auf Begriffe wie G8, G9, schon wieder reformierte Werkrealschule, Ganztageschule, gebunden und teilgebunden, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Gemeinschaftsschulen - Begriffe, die jetzt inflationär herumschwirren. Wichtig ist uns und den Eltern dabei, dass die politisch Verantwortlichen nicht in neue Projektitis verfallen und vor allem die Information gegenüber Eltern und Lehrern so gestalten, dass diese mitgenommen werden. Eine Bereitschaft für Neues im Bereich der Bildung ist jedenfalls in der Bevölkerung unverkennbar. Unsere Blickrichtung wird dabei aus der Sicht der Betroffenen sein und hier insbesondere der Kinder.

Lassen Sie mich zu der Basis für all diese Möglichkeiten kommen - unserer Wirtschaft im Land, aber auch besonders hier in unserer Stadt. Auch hier lassen sich relativ einfache Zusammenhänge erkennen: Ohne Wirtschaft keine Arbeit, ohne Arbeit kein Wohlstand, ohne Wohlstand keinen Handel und keine Handlungsspielräume. Ohne Wirtschaft und Arbeit gibt es keine Steuern, und ohne Steuern gibt es auch kein Geld für Bildung, Gesundheit, Soziales und Kultur.

Aus Sicht der Freien Wähler bedeutet das, dass wir uns wieder mehr um unsere

Wirtschaftsunternehmen hier in Stuttgart kümmern müssen, um die großen wie Daimler, Porsche und Bosch genauso wie um die Vielzahl der Handwerksbetriebe und der kleinen Unternehmen, die hier in Stuttgart ihren Firmensitz haben. Sie alle sorgen mit ihren Beschäftigten für den relativen Wohlstand dieser Stadt.

Unsere Wirtschaft braucht Rahmenbedingungen. Dazu zählen Infrastruktur wie Straßennetz, Schienennetz und auch der Flughafen und Hafen. Dazu zählen Quartiere, an denen sie attraktive Arbeitsplätze anbieten können. Und dazu zählt auch die Steuerbelastung - Grundsteuer und Gewerbesteuer wie oben schon angesprochen.

Ebenso zu den Rahmenbedingungen gehören aber eine Verlässlichkeit der Politik und eine Planungssicherheit. Was z. B. um den Karlsplatz herum passiert, schadet Stuttgart und seiner Bevölkerung und vertreibt Investoren. Der 'Kreuzzug gegen das Automobil', wie es StR Hill einmal formuliert hat, hilft Stuttgart ebenfalls nicht weiter - im Gegenteil: Unsere Wirtschaft, das Handwerk, die Dienstleister, die Menschen, die flexibel in ihrer Arbeit sein müssen, sie brauchen ein gutes Straßennetz. Eine Metropolregion Stuttgart braucht dringend einen funktionierenden Straßenring um Stuttgart. Erfolgreiche St. Florians-Anhänger haben dies die letzten 40 Jahre zu verhindern gewusst - jeder vor seiner Haustüre. Das Ergebnis lässt sich jetzt am Neckartor ablesen. Durchgangsverkehr von dreieinhalb sich kreuzenden Bundesstraßen wird stattdessen täglich durch den Stuttgarter Talkessel getrieben.

Als Konsequenz daraus können Sie jetzt den Verkehr zum Stillstand zwingen, den Handwerker mit dem Leiterwagen losschicken, Dienstleistungen am besten ganz einstellen - wir können aber auch zügig damit beginnen, eine sinnvolle Verkehrsplanung für eine Wirtschaftsregion, wie sie der Raum Stuttgart ist, aufzustellen und umzusetzen.

Zum Kreuzzug gegen das Automobil zähle ich auch die ideologisch bewusst herbeigeführte Unterfinanzierung des Straßenunterhalts. Und ich wiederhole mich: Zu einer starken Wirtschaft gehören intakte Verkehrswege. Wir Freien Wähler werden das jedenfalls anmahnen. Stattdessen wird mehr als ein Radweg gebaut, der den Schildbürgern zur Ehre reichen würde, und ich nenne hier stellvertretend Charlottenplatz, Zabergäustraße/Ludwigsburger Straße und den Panoramaweg Neue Weinsteige - sowas machen die Freien Wähler nicht mit.

Was den Angriff auf die hier ansässigen Unternehmen des Automobilbaus aus den ersten Tagen von Grün-Rot in Baden-Württemberg angeht, kann ich nur sagen: Wenn man gescheit ist, dann schlägt man nicht die Hand, die einen nährt. Im Gegenteil, wir sollten es mit den Unternehmen schaffen, dass sich Stuttgart und Baden-Württemberg an die Spitze des technischen Fortschritts stellen, dass die Denker und Tüftler hier zu Hause bleiben und die modernen, umweltbewussten Autos aus Untertürkheim und Zuffenhausen kommen. Die Bildungspakete unserer Stadt sind jedenfalls nicht mit dem Verkauf von Fahrrädern zu finanzieren. Das sollten wir alle im Kopf behalten.

Kommen wir zu einem anderen großen Thema in der Stadt: Der Kinderbetreuung, ein zentrales Thema für alle hier, denke ich. Uns Freien Wählern ist dabei wichtig, dass sich alle Eltern ab

einem Alter X der Kinder auf eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder ohne Bruch beim Übergang von Kita zu Grundschule verlassen können. Das von den Fachverwaltungen vorgeschlagene Konzept finden wir richtig und wir unterstützen es. Wichtiger als die Betreuung von 0 bis 1 ist uns Freien Wählern dabei die Betreuung von 6 bis 7, der Übergang, der muss klappen.

Wenn am Ende dieses Prozesses Ganztageschulen stehen, in denen unsere Kinder bis 16

oder 17 Uhr alles lernen können, alle Aktivitäten haben können und alle Hausaufgaben gemacht und bei Bedarf korrigiert sind, wenn das noch unter Einbeziehung vorhandener Strukturen von freien Trägern, Sportvereinen und Musikschulen funktioniert, dann sind wir am Ziel eines langen Weges, den wir Freie Wähler unterstützen werden.

Diese Schulen sollten auch entsprechende Lernräume sein, und damit komme ich zum Thema Schulsanierungen - ganz sicher eine Herkulesaufgabe. In den letzten drei Haushaltsberatungen haben wir Freien Wähler mit unzähligen und wiederholten Nachfragen versucht, den Nebel über den Schulen zu lichten. Wir sind froh, dass wir mit externer Hilfe Transparenz in die Sache bekommen haben, dass wir jetzt eine priorisierte und kostenmäßig erfasste Ausgangslage haben. Der Gemeinderat hat die notwendigen Stellenerweiterungen geschaffen und es konnte losgelegt werden.

Was uns trotz jener vielen Nachfragen dazu immer noch nicht klar geworden ist - und Sie sehen, man muss dicke Bretter bohren an dieser Stelle -, ist, wie viel vom Gemeinderat bewilligtes Geld in einem Jahr verbaut werden kann. Ich nenne nur die Zahlen in den letzten zwei Jahren: Beim Haushalt 2010/2011 ging man von jährlich 72 Mio. Euro aus, im Unterausschuss Schulsanierungen war zeitweise von 100 Mio. jährlich die Rede. Bei der letzten Unterausschuss-Sitzung waren es dann 92 Mio. bei einem um ein Jahr gestreckten Zeitraum. Jetzt schlagen Sie, Herr Oberbürgermeister und Herr Erster Bürgermeister, eine Streckung der Schulsanierungsmaßnahmen um weitere drei Jahre vor, bei einer entsprechenden Reduzierung der pro Haushalt einzustellenden Mittel.

Das kann richtig sein, wenn das tatsächlich jene Mittel sind, die überhaupt verbaut werden können, denn dann macht es keinen Sinn, mehr einzustellen und Haushaltsreste gegen geplante Schuldenaufnahmen zu beantragen. Lassen Sie mich aber festhalten, dass wir uns von der Verwaltung mehrstimmig und widersprüchlich informiert fühlen und dass es diese Nicht-Information ist, die uns ein verantwortliches Handeln schwierig macht. Wir wollen von der Verwaltung explizit wissen, wo die Grenze des Möglichen ist, ohne dass Haushaltsreste entstehen. Diese Summe werden wir am Ende beantragen, so wie wir auch in den letzten Jahren die Priorität auf den Abbau des Sanierungsstaus an Schulen und Kitas gelegt haben. Wir weisen den Vorwurf von SÖS zurück, die sogenannte bürgerliche Mehrheit hätte das die letzten Jahre absichtlich unterfinanziert. Das ist nicht richtig.

Ein Problem, auf das wir sehenden Auges zusteuern, ist der demografische Wandel, hier in Stuttgart genauso wie in Deutschland oder Westeuropa. Dieser Wandel ist unumkehrbar, weil die Großmütter der Enkelkinder, die in den nächsten zehn Jahren ebenfalls Kinder bekommen sollten, 1970 nicht geboren wurden. Auf die sich daraus ergebenden neuen gesellschaftlichen Konstellationen müssen wir für die Zukunft heute Antworten finden. Aus unserer Sicht bedeutet das, dass wir uns zum einen als Einwanderungsland für integrationswillige Menschen begreifen müssen und zum anderen, dass wir unsere wenigen vorhandenen Kinder bestmöglich ausbilden, damit sie in hochwertigen Berufen das Geld für die Lasten verdienen können, die wir ihnen hinterlassen.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge nennen, denen wir im Unterschied zu den Parteien skeptisch gegenüberstehen:

Da sind zum einen die 100%-Stadtwerke, zunächst für Wasser, mittlerweile aber auch für Strom und Gas. Ausgehend von einem erfolgreichen Bürgerbegehren, das einen Bürgerentscheid über die Frage des Rückkaufs der Wasserrohre und Gründung eigener Stadtwerke forderte, hat die Mehrheit des Gemeinderats den Bürgerentscheid unmöglich gemacht, indem er die Forderungen des Bürgerbegehrens sofort umsetzen wollte. Mag das für Wasser im Monopol noch gehen, steht für Strom im EU-Wettbewerb hier aus unserer Sicht ein ganz großes Fragezeichen, das unseren Haushalt noch sehr belasten kann. Ich

will es an dieser Stelle kurz machen: Wir geben eine Menge Geld aus, damit wir eine sichere Vergütung nicht erhalten, um vielleicht in neuen, städtischen Strukturen irgendwann einmal wieder einen Gewinn erwirtschaften zu können. Cross Border war rückblickend falsch, aber es ist noch lange nicht gesagt, dass 100%-Stadtwerke richtig sind.

Die EnBW und ihre Mitarbeiter haben jedenfalls in den letzten Jahren einen sehr guten Job in Stuttgart gemacht. Und da die EnBW mittlerweile mehrheitlich in öffentlicher Hand ist, verstehen wir diesen ganzen Aktionismus schon überhaupt nicht mehr. Auch hier gäbe es Chancen in Baden-Württemberg, sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen.

Nachdem die Basta-Politik aus der Schröder-Zeit vorbei ist und die Bürgerinnen und Bürger mehr mitentscheiden wollen, setzen wir uns für einen Bürgerentscheid in einer so weitgehenden Frage ein, und wir wollen dabei nicht nur wissen, ob die Menschen in Stuttgart für oder gegen 100%- Stadtwerke sind, sondern auch, ob sie im Zweifelsfall den Strom der 100%-Stadtwerke zu jedem Preis und dies langfristig beziehen wollen.

Ein zweiter Punkt, bei dem wir kritisch sind, ist das Thema 'Bürgerhaushalt'. Hier sind wir skeptisch. Für uns Freie Wähler ist das eine parteipolitische Schaufensterparade ersten Ranges. Ein Bürgerhaushalt entsteht nicht durch anonyme Eingaben von 'Wünsch dir was', sondern durch Information und Kommunikation auf allen bestehenden Plattformen wie Bezirksbeirat, Jugendrat, Stadtseniorenrat und was wir ansonsten alles für Plattformen haben.

Erfolgreiche und gute Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher nehmen die Bevölkerung auf einem 'Bürgerforum' zu wichtigen Einzelfragen mit, ebenso sind Bezirksbeiräte für die Sorgen, Nöte und Wünsche der Bevölkerung die richtigen Ansprechpartner. Das alles führt zu Haushaltsberatungen, die in der Abwägung des Möglichen von den gewählten Stadträtinnen und Stadträten im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger geführt werden. Für uns ist das nicht sinnvoll ausgegebenes Geld, und ob es zu zufriedenen Bürgern führt, wird sich noch herausstellen.

Nicht zuletzt möchte ich den Bereich Kultur und Sport erwähnen. Es gibt in Stuttgart ein hervorragendes Angebot von Kultur und Sport. Die Stadt Stuttgart und damit die Steuerzahler unterstützen viele Vereine und Kulturunternehmen mit beträchtlichen Mitteln. Es sind im Wesentlichen Freiwilligkeitsleistungen. Wir Freien Wähler werden uns auch weiterhin für die Unterstützung dieser Vereine und Kulturunternehmen einsetzen. In der jetzigen Haushaltssituation werden wir keine Kürzungen vorschlagen, aber auch keine Zuschusserhöhungen in der Breite beantragen.

Der vom Ersten Bürgermeister präsentierte Haushalt ist dieses Jahr in ganz besonderer Weise ein Haushalt der Unterlassungen, und der Fraktionsvorsitzende der Grünen, StR Pätzold, hat in einer Bemerkung im Verwaltungsausschuss am 05.10. gesagt, dass er die Anträge seiner Fraktion in 'vergessene Anträge der Verwaltung' und eigene, grüne Anträge aufteilen wird. Das sehen wir auch so. Es wird jedenfalls einem ehrenamtlich tätigen Gemeinderat und damit auch der Sache nicht gerecht, wenn die notwendigen Dinge massenhaft unter das Wünschenswerte gemischt werden, vielleicht in der Hoffnung, dass dann einiges untergeht. Das hilft uns nicht, das hilft der Stadt und ihrer Bevölkerung nicht.

Damit komme ich zu unseren Anträgen:

Unsere Schwerpunkte für den kommenden Haushalt sind die konsequente Weiterführung der Sanierung der Schulen und der Ausbau der Kinderbetreuung. Nachdem die großen Parteien lieber unter sich waren, haben wir entsprechende Anträge gestellt, die sich in der Höhe an den Ergebnissen in den Fachausschüssen orientieren. Wenn diese 'falsch hoch'

wären, würden wir das im Laufe der Beratungen noch korrigieren.

Unsere übrigen Anträge liegen Ihnen vor. Wenn wir im Laufe der Beratungen erkennen, dass wir in dem Heuhaufen des vorgelegten Haushaltsentwurfs eine Nadel vergessen haben, werden wir diese auch nachträglich beantragen. Und umgekehrt: Manche der gestellten Anträge sind Merkposten, die wir in den Beratungen klären wollen. Mit dem Antrag, die Grundsteuer zu senken, wollen wir noch einmal darauf hinweisen, dass die Erhöhung um 120 Punkte - 30 % - von 400 auf 520 Punkte überzogen war. Den Familien wird über die Nebenkosten Geld genommen, um es ihnen nachher mit der Familiencard wiederzugeben.

Wir haben im Übrigen die Einschätzung des Regierungspräsidiums in seinem Schreiben vom

10. August 2011 ernst genommen und werden - wie meine Vorredner auch - versuchen, am Ende einen vernünftigen Haushalt zu verabschieden.

Wir Freien Wähler sind kein Block, sondern unabhängig, kein billiges Stimmvieh, aber mit hohem Verantwortungsbewusstsein für unsere Stadtgemeinschaft. Ich wiederhole daher mein Angebot aus meiner Rede zum Abschluss des letzten Haushalts, mein Angebot der ausgestreckten Hand, und frage Grün-Rot, ob sie mit einer hauchdünnen Mehrheit mithilfe der Fraktion aus 'DIE LINKE' - immerhin eine Nachfolgepartei eines gescheiterten realen Sozialismus - und einer idealistischen Ökoszene SÖS, die manchmal nicht weiß, ob sie außerparlamentarische oder innerparlamentarische Opposition ist, wieder einen polarisierten Haushalt gegen große Teile des Gemeinderats verabschieden will, oder ob sie schon fähig sind zu einem Haushalt in einem breiteren gesellschaftlichen Konsens in wichtigen Fragen, wie es früher möglich war. Dazu gehören Kompromisse, und ich sage an dieser Stelle noch mal ganz klar: Es liegt an Ihnen!

Zum Schluss möchte ich der Verwaltung, dem Sitzungsdienst und allen Mitarbeitern, die uns während der Beratungen gut versorgen, danken."

StR Klingler (FDP):

"Ich bin seit 2009 Stadtrat und habe heute die Ehre, meine erste Haushaltsrede zu halten. Wenn man als fünfter Redner sprechen darf, ist Vieles schon gesagt. Ich werde versuchen,

Ihnen jetzt auch noch andere Aspekte nahezubringen.

In der Vergangenheit hat sich in dieser Zeit viel im politischen Bild unserer Republik und in unserer Stadt getan. Die Ausgangslage für die nun anstehenden und sehr anstrengenden Beratungen zum städtischen Doppelhaushalt 2012/2013 ist alles andere als einfach. Auf der einen Seite haben wir einen Haushaltsplan mit harten Zahlen und Fakten; auf der anderen Seite Wünsche und Projekte der Bürgerschaft. Nun gilt es abzuwägen - abzuwägen zwischen Wünschenswertem und wirklich Realisierbarem. Leider hat die Verwaltungsspitze die Spielwiese des Gemeinderats von einem großen Feld zu einem Bolzplatz gestutzt.

Wir Liberalen haben im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen einen neuen Weg eingeschlagen. So haben wir im letzten halben Jahr ein Schwerpunktepapier erarbeitet, aufgrund dessen die Rahmenbedingungen und Ziele unserer Fraktion für die kommenden drei Jahre, also bis zur nächsten Kommunalwahl, manifestiert wurden. Daraus resultieren unsere 53 Haushaltsanträge, die allesamt gut für Stuttgart sind, und zwar für die inneren wie für die äußeren Stadtbezirke. Wir sehen uns der ganzen Stadt gegenüber in Verantwortung.

Wichtig für die Arbeit der FDP-Fraktion ist, alle Interessen von Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft ernst zu nehmen, insbesondere die des Mittelstandes. Wir, die FDP, stehen für die Stärkung des Mittelstandes - denn 'der Mittelstand hält's Volk zsamma!' Mittelstand sind für uns die Familien, Geschäfte, Handwerker und Selbstständigen, also, Menschen und Unternehmen, die in unserer Stadt sesshaft sind und dort investieren wollen.

Wir Liberalen treten für einen freien Geist und eine bürgerliche Politik in Stuttgart ein. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt stehen traditionell im Zentrum dieser liberalen Politik. Nur gemeinsam können wir die aktuellen und langfristigen Probleme angehen und nachhaltig lösen. Stuttgart ist so das geworden, was es ist: eine lebenswerte und liebenswerte Stadt - traditionell verwurzelt und weltoffen zugleich, wirtschaftlich und kulturell erfolgreich.

Die Wirtschaft gilt dabei für uns als zentraler Punkt. Eine gesunde Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine gesunde Wirtschaft ist alles nichts! Grundsätzlich: Wirtschaft und Handel sind seit Jahrtausenden der Weg des Menschen, sein Leben und Überleben zu sichern und müssen deshalb gefördert werden. Eine Behinderung oder Erstickung der Wirtschaft ist also gegen den Menschen gerichtet. Umgekehrt darf aber auch nicht die Wirtschaft in ihren ökonomischen Belangen dem Menschen Dinge abverlangen, die die Lebensqualität infrage stellen. Wir sind dort für eine Ausgewogenheit.

Allerdings gibt es Probleme, die wir alle erkennen müssen:

- eine hohe Arbeitslosigkeit
- ein Sozialstaat, der im aktuellen Ausmaß nahezu unbezahlbar geworden ist
- eine öffentliche Verschuldung hart an der Grenze der Legalität
- eine Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Abgaben, die ein akzeptables Maß bereits überschritten hat
- wirtschaftliche Veränderungen, die uns der globale Wettbewerb aufzwingt

Da sind die Gründe, warum es so ist:

- der Staat hat den Bürgerinnen und Bürgern zu viele Aufgaben abgenommen
- die trotz sehr niedrigen Zinsniveaus hohen Zinslasten erschweren eine zukunftsorientierte Politik
- die Regelungsdichte von Staat, Land und Kommunen erstickt private Initiativen in- wie ausländischer Investoren.

Und da sind schließlich die Lösungsvorschläge, die wir bis vor kurzem wieder von allen politischen Seiten lautstark zu hören bekamen:

- runter mit den Schulden
- Abbau von Subventionen
- Weniger Steuern und Abgaben
- Absenken der Lohnzusatzkosten
- Aufbrechen überholter Strukturen
- Abbau staatlicher Reglementierung.

Alle diese Forderungen münden in das Verlangen nach geringerer öffentlicher Intervention, weniger Umverteilung und stattdessen nach mehr Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit, größeren persönlichen Gestaltungsspielräumen - dem Fundament liberaler Politik also.

Aber da ist auch die politische Praxis, in der allzu oft geradezu das Gegenteil dessen geschieht, was verbal gefordert wird. Ja, noch viel schlimmer: Mitunter waren und sind die, die das eine forderten, dieselben, die das andere taten oder beabsichtigen zu tun.

Wir stehen jedoch alle in der Verantwortung für unsere Landeshauptstadt, für die Menschen, die hier leben und hier ihre Zukunft sehen. Die FDP-Gemeinderatsfraktion ist sich deshalb ihrer 'einzigartigen' Verantwortung voll und ganz bewusst. Gerade deshalb ist unsere Fraktion auch Kompromisse eingegangen, Kompromisse dahingehend, dass wir auf das ein oder andere Projekt verzichten müssen - schweren Herzens. Wir dürfen jedoch unser Handeln und die finanzielle Situation sowie die finanziellen Spielräume der Zukunft nicht außer Acht lassen. Am liebsten würden wir gar keine neuen Kredite aufnehmen. Jeder Euro an Zinszahlung kann anderweitig besser eingesetzt werden. Momentan müssen wir jedoch auch viele Aufgaben angehen, die nun gemacht werden müssen.

'Die in der großen Politik oft als 'klein' empfundenen Dinge sind, zusammengezählt, die großen Sorgen der großen Mehrzahl der Menschen.' Diesem Aus- und Anspruch des ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Graswurzeldemokraten Reinhold Maier verpflichtet sind die Liberalen im Rathaus bei ihren Beratungen für den Doppelhaushalt 2012/2013 gefolgt.

Wenn Sie die von uns vorgelegten Anträge betrachten, werden Sie erkennen, dass wir überwiegend kleinere, bürgerorientierte Anliegen aufgegriffen haben.

Wir verzichten auf Allgemeinplätze. Wichtig ist uns bei unserer Haushaltspolitik, dass den Bürgerinnen und Bürgern keine zusätzlichen Steuer- und Gebührenerhöhungen entstehen. Der Standort Stuttgart darf nicht weiter belastet werden - sondern im Gegenteil: Wir setzen uns für eine Stärkung des Wirtschafts-, Wohn- und Lebensstandorts Stuttgart ein. Deswegen erteilen wir dem Gedanken mancher Fraktion hier im Raum, die Gewerbesteuer zu erhöhen, eine klare Absage. Auch die Einführung der Citymaut würde den Einzelhandel sowie den Kulturstandort schwächen, also: Finger weg von solchen kontraproduktiven Maßnahmen!

Die Einführung einer Waffenbesitzsteuer wurde vor zwei Jahren bereits geprüft und mangels Sinnigkeit verworfen. Was soll sich bei diesem Thema in den zwei Jahren denn geändert haben?

Auch die nun nicht mehr gerechtfertigte Grundsteuererhöhung - gegen die wir auch 2009 waren - soll unserer Meinung nach komplett zurückgenommen werden. Die Vorzeichen von damals haben sich schließlich geändert. Diese Maßnahme kommt jeder Stuttgarterin und jedem Stuttgarter zugute. Alle haben dadurch mehr Geld zur Verfügung, das ist soziale Gerechtigkeit! Schade nur, dass die CDU sich nun diesbezüglich anders positioniert hat - aber so ist es nun mal mit eingeführten oder nach oben geschraubten Steuern.

Vor ein paar Tagen fand ich in einem Bericht ein gutes Beispiel für eben solche Steuern. Im Jahr 1902 hat Kaiser Wilhelm II. die Schaumweinsteuer eingeführt. Begründet wurde dies mit der Finanzierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und der kaiserlichen Kriegsflotte. Die kaiserliche Kriegsflotte ist längst Geschichte - die Schaumweinsteuer allerdings treibt immer noch durch das undurchschaubare steuerliche Kanalnetz Deutschlands.

Wir haben auch den Schwerpunkt 'Bildung und Erziehung' gewählt. Für die Bildung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen muss eine gute Basis geschaffen werden. Die Schulen sind dabei ein wichtiger Bildungsraum für unsere Kinder. Allerdings besteht weiterhin in Stuttgart ein erheblicher Sanierungsbedarf eben dieser Schulen. In guter Zusammenarbeit hat der Gemeinderat in der Vergangenheit über alle Fraktionsgrenzen hinweg sich dieses Themas angenommen und Vieles bewirkt. Unsere Fraktion setzt sich deshalb auch weiterhin für die Sanierung der dringendsten Vorhaben ein - auch wenn wir nicht auf dem gemeinsamen Antrag von Grünen/CDU/SPD aufgeführt sind. Im Vorfeld

waren wir noch bei dessen Beratung dabei. Der Antrag allerdings wurde dann ohne uns gemacht. Wir durften also bei den Proben mitmachen - bei der Premiere jedoch sollten wir uns hinter der Bühne verstecken. Aber da wir ja stets auf Augenhöhe bei diesem Thema mitdiskutiert haben, haben wir selbstredend einen eigenen Antrag zu diesem Thema formuliert.

Wir wollen mit unserem Bildungspaket in die Zukunft investieren, nicht nur, um zu reparieren, sondern als präventive Maßnahme, um die Bildung zu eigenverantwortlichem und sozialem Handeln zu vermitteln. Aussagen einer vermeintlich großen Fraktion, sie müsse nun die Fehler der langjährigen CDU/FDP/FW-Mehrheit reparieren, sind abenteuerlich, ja wahrlich unsachlich und absolut nicht hinnehmbar. So hat eben diese Fraktion - wie alle anderen übrigens auch - dem wohl doch so schlimmen Haushalten zugestimmt, und trotz langer Recherche konnte ich nirgends einen speziellen Haushaltsantrag zu Schulsanierungen feststellen. So sagte beispielsweise StRin Wüst am 25.10.2007 in ihrer Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2007/08, 'dass die SPD am Abbau der Verschuldung festhalten wird'. Heute wissen wir alle, dass auch solche Entscheidungen sicherlich zum Sanierungsstau unsere Schulen geführt haben.

Da ist es doch erfrischend, dass bei meiner Fraktion niemand persönlich für Entscheidungen vor 2009 verantwortlich gemacht werden kann - sind wir doch alle erst seit der letzten Wahl hier dabei. Selbstverständlich stehen wir jedoch immer zu den Entscheidungen früherer FDP-Fraktionen, aber die Welt dreht sich weiter, und punktuell kann etwas heute betrachtet zu anderen Resultaten führen als in der Vergangenheit.

Nun jedoch zur Kinderbetreuung: Auch am Ausbau der Kinderbetreuung muss noch gearbeitet werden. Die Nachfrage für eine Krippenbetreuung für Kinder von 0 bis 3 Jahren und für die Ganztagesbetreuung von Schulkindern kann leider immer noch nicht befriedigt werden. Es müssen zudem schnell mehr Kita-Plätze geschaffen werden, eventuell mit kostengünstigen Bautypen, die schnell realisiert werden können.

Auch ist es höchst unbefriedigend, dass sich das Land immer noch nicht durchringen kann, die Mitfinanzierung sicherzustellen. Es kann doch nicht sein, dass derartige Kosten überwiegend oder alleine von den Kommunen aufgebracht werden müssen!

Nun stehen wir auch in der sozialen Verantwortung. Sozial heißt, die Schwachen in einer Gesellschaft mitzutragen in dem Maße, dass sie ein Leben in Würde und in eigener Verantwortung gestalten können: Hilfe also zur Selbsthilfe, Hilfe zum Leben. Diese Unterstützung ist an sich die vornehmste Aufgabe einer Gesellschaft. Nur dann, wenn alle ein Auskommen haben, wird eine Gesellschaft in Frieden leben und auch überleben können. Ausgrenzung oder Bevormundung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern wird immer auf lange Sicht Unfrieden und damit Schwächung der Arbeits- und Wirtschaftskraft erzeugen.

Es gilt also hier, vorrangig zu investieren in Unterstützungsmaßnahmen, die Schwächen ausgleichen helfen, oder flankierend dort Kraft zu geben, wo sie warum auch immer fehlt. Niemand ist übrigens davor geschützt, in eine Situation zu kommen, in der er oder sie ohne Unterstützung anderer weiterkommt. Es ist also wohl investiertes Geld, das wir in solche Hilfemaßnahmen geben, und ein Schwerpunkt im Haushalt muss zum Erhalt des sozialen Friedens als Priorität solche Maßnahmen haben.

Vieles ist heute schon erläutert worden, und es ist schwierig, wenn man als fünfter Redner das Wort erteilt bekommt, nicht die Zuhörer mit längst schon Gesagtem zu traktieren. Deshalb werde ich nun zum Ende meiner Rede kommen.

Unser Ziel ist es, mit Engagement die Erfolgsgeschichte Stuttgarts um weitere Kapitel zu bereichern und dafür Sorge zu tragen, dass die Landeshauptstadt auch in Zukunft erstklassig bei Lebens- und Wohnqualität sowie Bildungs- und Arbeitschancen bleibt. Wir gehen in die Haushaltsberatungen mit dem Ziel, gemeinsam mit den anderen Fraktionen einen Haushalt aufzustellen, dem auch wir zustimmen können. Ich bin mir bewusst, wer die Richtung vorgeben wird. Es ist auch völlig klar, dass wir uns als FDP richtig taxieren. Es muss jedoch auch Platz sein für unsere Themen. Bei der Breite unserer Anträge bin ich zuversichtlich, dass wir unserer Position entsprechend Platz im neuen Haushalt finden werden. Das Neue kommt, das Gute bleibt

- packen wir es an.

Allerdings möchte ich dies nicht tun, ohne mich im Namen der FDP-Fraktion für die gute Zusammenarbeit mit der Rathauspitze, den Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu bedanken. Auch unseren Fraktionsmitarbeitern, die uns immer unterstützend bestens zur Seite stehen, einen herzlichen Dank! Ich freue mich auf die Haushaltsplanberatungen und denke, dass wir am 16.12. gemeinsam für Stuttgart ein weiteres gutes Kapitel der Geschichte fortführen."

StRin Küstler (SÖS und LINKE):

"Wir machen Kommunalpolitik in einer unruhigen Welt. Unsere Antwort darauf ist: Wir wollen die Stadt für alle. Am letzten Samstag haben uns auch in Stuttgart sanfte Ausläufer der internationalen Protestbewegung für mehr Demokratie und gegen die Macht des Finanzkapitals erreicht. Dies ist unserer Meinung nach vor allem ein Signal der jungen Generation an die Politik. Die junge Generation wünscht zu Recht Demokratie und mehr Mitspracherechte, weil ihre Zukunft sonst verspielt wird. Wir müssen sagen, es brennt nicht nur weit weg, sondern es brennt auch in Europa. Wir wollen nicht, dass es auch in Stuttgart brennen soll.

Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung erzeugen Widerstand. Sozialer Ausgleich und demokratische Teilhabe sind die Grundlage einer lebenswerten Gesellschaft. Wir gehen davon aus, dass es der Stadt gut geht, wenn es allen Menschen in der Stadt gut geht und niemand ausgeschlossen wird. Das ist für uns die Stadt für alle. Wir teilen nicht die konservative Vorstellung, die uns auch heute hier vorgeführt worden ist, dass es allen gut geht, wenn es der Wirtschaft gut geht. So einfach ist die Welt nicht. Auch in Stuttgart geht wachsender Wohlstand einher mit wachsender Armut. In einer bundesweiten Untersuchung über die sozialen Differenzen der Großstädte lag Stuttgart an zweiter Stelle, und zwar diesmal nicht bei den Wohlfühlfaktoren, sondern beim Unterschied zwischen Arm und Reich.

Wir wissen sehr wohl, dass von den Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen die Lebensbedingungen der meisten Menschen in der Stadt abhängen und dass auch die Stadtkasse davon abhängt. Darum sind wir besorgt, dass die Wirtschaftsstruktur in Stuttgart immer noch sehr einseitig von wenigen Branchen bestimmt wird. Das bringt große Risiken. Dass sich die städtische Wirtschaftsförderung um die Stadtteile und die Nahversorgung kümmert, ist gut, reicht aber bei Weitem nicht aus. Es ist die Aufgabe des Herrn Oberbürgermeisters und auch des Kämmerers, eine Branchenvielfalt zu stärken, die uns weniger abhängig macht von wenigen großen Konzernen.

Wir wollen, dass die Lebenschancen der Stuttgarterinnen und Stuttgarter nicht nach dem Geldbeutel oder dem sozialen und kulturellen Kapital bemessen werden. Wir wollen, dass die Stadt die öffentlichen Güter bereitstellt, die für eine moderne Stadtgesellschaft

erforderlich sind. Es geht um Daseinsvorsorge, um die kommunale Demokratie und um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen.

Die demografische Entwicklung bringt neue wichtige Gesichtspunkte in die kommunalen Aufgaben. Ein schrumpfender Anteil der Bevölkerung muss erarbeiten, was für die wachsende Zahl von älteren und alten Menschen gebraucht wird und was wir für die Kinder und für die Jugendlichen brauchen. Diese wachsende Gruppe der Älteren und Alten gewinnt ein höheres Gewicht bei Wahlen. Das könnte zu scharfen Verteilungskämpfen führen, wenn wir nicht dafür sorgen, dass die Konkurrenz nicht zwischen den Generationen und auch nicht zwischen den sozialen Schichten zunimmt.

Wir unterstützen eine partizipative Altenhilfeplanung. Dies ist ein wichtiger Bestandteil einer generationengerechten Politik, denn auch in Stuttgart wächst die Altersarmut. Immer mehr Beschäftigte arbeiten in den unteren und gering bezahlten Arbeitsverhältnissen. In den nächsten Jahren kommen zunehmend Menschen ins Rentenalter, die arbeitslos waren, zum Teil lange, und die in dieser Zeit praktisch nichts in die Rentenkasse eingezahlt haben. Wir sind deswegen dafür, dass die Selbstständigkeit der Menschen unterstützt wird, soweit und so lange es möglich ist, und dass dann, wenn sie Hilfe brauchen, die richtigen Hilfen bereit stehen. Auch das kann nur in Zusammenarbeit geschehen. Wir können in der Kommunalpolitik die Hartz IV-Regeln nicht ändern, aber wir können Strukturen aufbauen, die Unterstützung und Teilhabe - und zwar für alle Generationen - sichern.

Um in dieser Frage voranzukommen, haben wir den Vorschlag, unter dem Motto 'Die Stadt für alle' eine übergreifende Politik zu machen, d. h. die Entwicklung der Stadtteile und Stadtteilzentren. Wenn man die einzelnen Vorschläge der Verwaltung und auch die Haushaltsanträge der Fraktionen anschaut, stellt man fest, es geht in allen Bereichen um die Vernetzung und Verankerung im Stadtteil, sei es Familienberatung, seien es Familienzentren, Generationenhäuser, gerontopsychiatrische Hilfen, sozialpsychiatrische Hilfen, Altenhilfe, ambulante Dienste aller Art und ebenso die Bildungsregion und Integration, Inklusion usw. - man könnte alles aufzählen. Alle diese Punkte unterstützen wir auch durch Anträge, aber wir wollen, dass es eine Vernetzung dieser Netze gibt, dass also nicht jede soziale und Bildungsaufgabe einzeln ihr Netz in einen Stadtteil baut, sondern dass das in einem gemeinsamen Netz zusammenkommt, dass sich diese Netze nicht überlagern, sondern sich gegenseitig unterstützen. Wir wollen die Stadtteile und Stadtbezirke zu lebendigen sozialen und demokratischen Gemeinwesen entwickeln.

Das Programm 'Soziale Stadt' hat in seinem ursprünglichen Ansatz solche Elemente enthalten. Die Entwicklung der Stadtteile sollte aufgebaut und begleitet werden durch die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner und durch die Einbeziehung aller sozialen und gesellschaftlichen Akteure. Die Bundesregierung hat das Programm 'Soziale Stadt' verstümmelt. Investive Maßnahmen, also Geld für Bauwerke, fördert sie weiter. Die Mittel für nichtinvestive Maßnahmen, also Geld für die Bürgerbeteiligung, wurden gestrichen. Der Gemeinderat hat zu Recht dagegen protestiert. Wir wollen, dass trotz dieser Streichung in Stuttgart die Stadtteile weiterhin als Ganzes geplant werden, und zwar in einem Prozess, in dem die Bedarfe der Bevölkerung und die vorhandenen Ressourcen festgestellt und fortgeschrieben werden, in dem die Einwohnerinnen und Einwohner an der Zukunftsplanung beteiligt sind und in dem eine umfassende Stadtentwicklung stattfindet.

Dafür muss sich in der Zusammenarbeit zwischen den Ämtern viel ändern. Jugendamt und Sozialamt, Schulverwaltungsamt und Stadtplanung sollen nicht mehr getrennte Projekte an verschiedenen Orten betreiben, sondern für das gemeinsame Ziel zusammenarbeiten. Wie viele Kitaplätze, welche Schulen, welche Begegnungsstätten und Betreuungseinrichtungen gebraucht werden, wie Plätze und Straßen, wie die Verkehrsanbindungen gestaltet werden, wie Inklusion ermöglicht wird, wie Integration stattfindet, wo Kinder spielen und Jugendliche

bolzen oder Krach machen können - das zu planen geht nur gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern und gestützt auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den Stadtteilen.

Um dies zu bündeln, wollen wir in jedem Stadtbezirk oder größeren Stadtteil ein Stadtteilzentrum. Das kann je nach dem Vorhandenen neu entwickelt oder weiterentwickelt werden. Hier soll Platz sein für die Aktivitäten aller Gruppen und aller solchen, die sich begegnen wollen. Im Beteiligungsprozess sollen generationen- und sachgebietsübergreifend die Stadtteilziele diskutiert werden, die Maßnahmen und die Zeitschiene festgelegt werden. Hier sollen auch die Anlaufstellen für Hilfe und Unterstützung in sozialen Fragen Platz haben.

Wir haben in Stuttgart für eine solche Stadtteilentwicklung gute Voraussetzungen durch die dezentrale Struktur der Bezirke und Bezirksämter. Das gilt es zu nutzen. Ziel könnte sein, einen Stadtteil z. B. aus einem schlechteren Cluster des Sozialdatenatlasses - das ist seine soziale Eingruppierung - in einen besseren zu heben. Wir schlagen vor, ein solches Konzept in den Stadtteilen Hallschlag und Nordbahnhof und im Stadtbezirk Weilimdorf zu beginnen, sind aber auch für Vorschläge der Verwaltung offen. Mit diesem Vorschlag wollen wir erreichen, dass Menschen mit Unterstützung für sich selber sorgen können und dass Menschen, die Hilfe brauchen, diese Hilfe wohnortnah bekommen und nicht in verschiedenen Netzen den Weg suchen müssen.

Wir haben selbstverständlich - wie die anderen Fraktionen und Parteien auch - zahlreiche Vorschläge zu den einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge formuliert, z. B. zum Klinikum. Wir haben beantragt, für den Stadtjugendring die Zuschüsse wieder zu erhöhen, nachdem sie viele Jahre festgeschrieben waren, weil der Stadtjugendring einen wesentlichen Beitrag zur Integration leistet. Ich werde jetzt nicht alles aufzählen, sondern nur einige Punkte herausgreifen. Z. B. gehört für uns zur Daseinsvorsorge, dass alle am öffentlichen Nahverkehr teilnehmen können. Wir beantragen daher erneut ein Sozialticket. Und wir wollen eine Sozialcharta der Stadtwerke in Stuttgart, damit niemand wegen Stromsperre im Dunkeln und Kalten sitzen muss.

Zu dem Thema Zusammenwirken von Stadtplanung und Sozialem gehört auch die Weiterentwicklung von SIM, dem Stuttgarter Innenentwicklungsmodell. Wir beantragen die Aufnahme des Aspekts Barrierefreiheit im Wohnungsbau, um mehr behindertengerechte und altersgerechte Wohnungen zu bekommen, sowie die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus.

Der zweite Schwerpunkt - neben dem Thema 'Wie helfen wir gegen die Armut in Stuttgart' - ist, wir sorgen uns um die Zukunft: Jugend, Bildung und Kultur. Wir wollen den Ausbau der frühen Bildung von Kindern in Krippen und Kitas. Hier unterstützen wir die Vorschläge und Ansätze des Referats Soziales, Jugend und Gesundheit, weil dort große Schritte vorgeschlagen sind und weil wir davon ausgehen, dass diese dann auch realisiert werden können.

Sehr wichtig ist uns auch die Schulkindbetreuung. Solange wir hier noch eine Warteliste haben und solange die Versorgungsquote so dramatisch schlecht ist, dürfen keine Plätze für Schulkinder gestrichen werden, sondern muss Ausbau erfolgen. Wenn auf viele Jahre hinaus nur ein Drittel der Kinder, die bis zum Alter von sechs Jahren ganztags betreut werden, einen Platz in der Schulkindbetreuung finden und zwei Drittel leer ausgehen, stürzen Familien in existenzielle Not. Das ist familienfeindlich und kinderunfreundlich und schädlich für den Wirtschaftsstandort. Die von der Verwaltung bereits in den Haushalt eingerechnete Gebührenerhöhung lehnen wir ab. Sie wissen alle, dass wir der Meinung sind, dass Bildung vom frühesten Alter an kostenlos sein muss.

Den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen unterstützen wir. Wir haben das schon vor Jahren gefordert und immer gesagt: Alle, die es brauchen, und alle, die es wollen, sollen einen Platz in der Ganztagschule finden. Wir denken, dass der erste große Schritt die Grundschulen sind, aber nicht der letzte, dass auch in anderen Schulen dieses Problem gelöst werden muss. Zwei Dinge sind uns bei dieser Sache wichtig: 1. Die Schülerhäuser, die jetzt eingerichtet werden, müssen in der Fachkräftequote wie im Raumprogramm tatsächlich dem Hortstandard entsprechen. Wir wollen da keine Mogelpackung haben. 2. Die Übergangszeit zur richtigen Ganztageschule darf nicht zu lang werden. Wir wollen, dass nicht sozusagen die Ganztageschule versprochen wird und am Ende die Kinderhäuser bleiben. Wir denken, dass die pädagogischen Fachkräfte der Ganztageschulen eines Tages mit den Lehrkräften im bisherigen Lehrerzimmer sitzen und gleichberechtigt mitsprechen.

Wir sind auch für die Weiterentwicklung der Schulformen. Daher beantragen wir, in der Schulentwicklungsplanung mehrere Standorte für Gemeinschaftsschulen zu untersuchen. Wir sagen klar, wenn uns das Land für Stuttgart nur eine Gemeinschaftsschule zugesteht, dann hat für uns der Hallschlag Vorrang. Hier wurde durch die Soziale Stadt bereits viel Arbeit und Geld investiert. Wenn es im Hallschlag keine entsprechende Schulversorgung mit allen Möglichkeiten bis zum Abitur gibt, werden junge Familien dort nicht hinziehen.

Neben solchen Projekten dürfen wir die überwiegend große Zahl bestehender Schulen nicht vernachlässigen. Die Schulhaussanierung muss zügig weitergehen. Es geht uns auch um das Stiefkind berufliche Schulen. Die Bildungsgänge der beruflichen Schulen platzen aus allen Nähten, nicht nur durch den Zustrom auswärtiger Schülerinnen und Schüler. Das Angebot hat auch Lücken, es fehlen Personal, Räume und Ausstattung. Deshalb ist eine Schulentwicklungsplanung in diesem Bereich dringend nötig. Wir sehen bei der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen, dass dieser Prozess lange dauert. Deswegen müssen wir jetzt mit der Untersuchung anfangen. Wir haben auch Mittel beantragt, um eine Untersuchung wie für die allgemeinbildenden Schulen zu machen.

Zum Thema Kultur ist unser wichtigstes Anliegen, dass die Kürzungen des letzten Haushalts zurückgenommen werden. Uns ist vor allem die Regelförderung sehr wichtig, denn nur auf dieser Grundlage können kleinere Kulturveranstalter überleben. Verschwinden diese kleineren Kulturschaffenden, verschwindet auch ein großes Potenzial von innovativen Projekten. Das gilt es zu verhindern.

Zwei weitere Bereiche haben für uns eine sehr große Bedeutung: Erstens die Weiterentwicklung der demokratischen Prozesse, zweitens die Entwicklung ökologischer Standards im Handeln der Stadt und in der Unterstützung der Bevölkerung. Unsere Stadt hat sich verändert durch die Bewegung gegen Stuttgart 21. Wir haben in der letzten Haushaltsdebatte die Art Parade erlebt, wo Kunst und Kulturschaffende nicht in Konkurrenz, sondern solidarisch ihre Forderungen gestellt haben.

Zur Haushaltsberatung kommen, wie auch heute, Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit ihren Forderungen ins Rathaus. Wir haben einen Bürgerhaushalt erfolgreich ausprobiert. Das ist ein demokratisches Verfahren. Die Beteiligung daran übersteigt deutlich die Zahl der Teilnehmer/-innen bei wissenschaftlich repräsentativen Umfragen, die meistens nur 1.000 betragen. Der Bürgerhaushalt muss aber ausgewertet, der Prozess überdacht und verbessert, auf jeden Fall aber weitergeführt werden.

Schließlich gehören für uns auch die gewerkschaftlichen Kämpfe zu den wichtigen demokratischen Verfahren und zur städtischen Demokratie, denn diese Kämpfe sichern die Lebensgrundlage des größten Teils der Stuttgarterinnen und Stuttgarter.

Beteiligung muss auch in allen Bauplanungen und bei der Gestaltung der Stadtteile praktiziert werden. Wir beantragen Beteiligungsformen, die über die formale Beteiligung nach dem Baugesetzbuch hinausgehen, wie Planungswerkstätten oder Planungszellen oder Zukunftswerkstätten - je nach Planungsgegenstand. Und noch einmal der Hinweis: Unsere Stadtteilkonzeption hat auch das demokratische Ziel im Fokus.

Das größte ökologische Projekt, das wir gegenwärtig in der Stadt haben im Blick auf die Zukunft, sind für uns die Stadtwerke. Sie wollen wir voranbringen. Wir wollen aber auch zahlreiche kleinere Möglichkeiten der ökologischen Verbesserung voranbringen, also Contracting usw. Wir haben einen Prüfauftrag für die City-Maut beantragt. Wir haben noch kein fertiges Konzept und wir wollen auch nicht irgendwelchen Entwicklungen vorgreifen, aber nachdem das Land jetzt darüber spricht, dass eine City-Maut möglich sein könnte - und ein Landesgesetz ist Voraussetzung -, wollen wir, dass die Stadtverwaltung diesen Weg prüft und uns darstellt, ob er realisierbar ist und welche Vorteile er bringt. Mit einer City-Maut könnte man das Defizit im öffentlichen Nahverkehr ausgleichen und auch die sozialen Aufgaben des öffentlichen Nahverkehrs finanzieren.

Kurz erwähnt noch: Wir haben selbstverständlich auch Anträge zum Klinikum gestellt.

Der Umgang mit dem ehemaligen Hotel Silber ist ein Prüfstein, wie ernst es die Landesregierung und die Stadt mit der Bürgerbeteiligung meinen. Heute Morgen beim Lesen der Zeitungen war ich ganz schön aufgewühlt. Einerseits bestätigt die Landesregierung, dass sie den Gedenk- und Lernort in der Dorotheenstraße will, andererseits gibt sie das Haus in die Hand der Firma Breuninger. Wenn das so nicht zutreffen sollte, dann bitte ich um eine Klarstellung. Mit der Initiative wurde vorher allerdings nicht gesprochen. Dabei gibt es eine schriftliche Zusage des Landes, noch im Oktober zu einem Runden Tisch einzuladen, bei dem die Stadt und vor allem die Initiative mitreden sollen. Wir hoffen, dass die Stadt und das Land das Geschenk der Initiative annehmen, die seit Jahren daran arbeitet, den Opfern der Nazi-Vernichtungspolitik wieder ihren Namen und ihren Platz in der Stadt zu geben, und die durch eigene Forschung viel Vorleistung erbracht hat. Das Konzept der Initiative für die Gedenk- und Lernstätte muss in die Planung des ehemaligen Hotels Silber einfließen. Der 'Täterort an der authentischen Stelle', dem Sitz der Gestapo, ist ein bundesweit einmaliges Konzept und ergänzt die vorhandenen Strukturen, also die Strukturen des Gedenkens in Baden-Württemberg und im Umfeld, und auch das in Planung befindliche Stadtmuseum. Land, Stadt und Gemeinderat müssen ihre Verantwortung gemeinsam wahrnehmen.

Wie halten wir es mit den Finanzen? Wie wollen wir unsere - zugegeben - nicht gerade kleinen Forderungen finanzieren? Wir müssen keinen Sparhaushalt machen. Wir sind in der guten Lage, dass wir die Schwerpunkte für die künftige Stadtentwicklung setzen können, ohne unverantwortliche Schulden zu machen - nämlich solche Schulden, die das Vermögen verzehren und uns in den kommenden Jahren den Hals zuschnüren. Wir wollen daher Deckungsvorschläge machen, die den Haushalt solide sichern. Die LBBW-Wohnungen mit Kredit zu finanzieren - falls wir den Zuschlag erhalten -, ist für uns denkbar, denn diese Wohnungen mehren das Vermögen der Stadt. Durch die Mieteinnahmen amortisieren sie sich. Dieser Kauf dient aber auch der Sicherung dringend benötigter Mietwohnungen und ergänzt unsere Forderung nach Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die bisher dafür reservierten 150 Mio. € für Schulen und Kitas auszugeben, ist gut. Leider hat er das Wie und Was nicht konkretisiert.

Zur Finanzierung von Investitionen wollen wir alle Mittel für Stuttgart 21 loseisen. Morgen wird die Bibliothek eröffnet. Das ist tatsächlich eine Zukunftsinvestition. Sie dient dem Lernen und der Kultur in jedem Lebensalter. Das Projekt Stuttgart 21 ist eine Fehlinvestition.

Es ist keine wirkliche Verbesserung der städtischen Infrastruktur. Die jährliche Zahlung von fast 4 Mio. € an das Land und deren Weiterleitung an die Deutsche Bahn AG ist zu unterlassen, denn es gibt eine gutachterliche Feststellung, dass die Mischfinanzierungsverträge für Stuttgart 21 verfassungswidrig sind. Die Rückstellungen in Höhe von 186 Mio. € können aufgelöst werden. Der Kauf der Gäubahntrasse muss rückabgewickelt werden und bringt 14 Mio. € in die Kasse. Wir nehmen auch gern die 1,3 Mio. € im Doppelhaushalt für die Öffentlichkeitsarbeit von Stuttgart 21.

Wir haben darüber hinaus noch einige weitere Vorschläge gemacht und wollten diese jetzt in den Vordergrund stellen. Es war ja interessant, dass die Presse nach unserer Pressekonferenz gesagt hat, Stuttgart 21 steht im Vordergrund, obwohl wir erklärt haben, klar, das ist uns ein sehr wichtiges Thema, aber wir stellen das Soziale, die Demokratie und die Armutsbekämpfung in den Vordergrund.

Neben den Millionen, die wir einnehmen wollen und die wir für Investitionen brauchen, also die wir einmalig einnehmen und auch nur einmalig ausgeben können, kommt es uns darauf an, die regelmäßigen Einnahmen der Stadt zu verbessern. Für uns ist die wichtigste mögliche Einnahmeverbesserung die Erhöhung der Gewerbesteuer. Wenn wir 101 Mio. € für den Ausbau der Kitas ausgeben, dann brauchen wir jährlich fast 52 Mio. € für das Personal und die Sachkosten. Das muss man sich überlegen. Wir haben uns zu dieser Frage Gedanken gemacht und beantragen deshalb, den Gewerbesteuersatz um 30 Punkte anzuheben. Das bringt schätzungsweise 28 Mio. € im Jahr. Wir halten das auch für zumutbar im Vergleich zu den Hebesätzen anderer großer Städte und im Hinblick auf die hervorragende Infrastruktur, die die Stadt Stuttgart der Wirtschaft bietet. Die Industrie- und Handelskammer Stuttgart insbesondere wirbt seit Jahren für den Ausbau der Ganztageskinderbetreuung und für Ganztagschulen.

Ein Arbeitskreis der Wirtschaft mit der Arbeitsagentur weist auf vier Problemfelder hin: 1. die un- und angelernten Kräfte, für die wir bessere Schulen brauchen und auch frühe Betreuung und Unterstützung, 2. den Ingenieurmangel, wo wir viele gewinnen können, wenn wir die Berufsschulen richtig ausbauen, 3. die Kinderbetreuung und Bildung - dazu habe ich schon etwas gesagt - und 4. die Pflege. Alle vier Aufgaben muss die Kommune schultern. Herr Küpper von Südwestmetall sieht hier vor allem die Politik in der Pflicht. Ja, wir sind in der Pflicht, aber die Wirtschaft genauso. Es geht um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, an denen sich alle nach ihren Kräften beteiligen müssen.

Unsere Haushaltsvorschläge zielen insgesamt auf das ganze Programm der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke: Sozial, solidarisch, demokratisch und ökologisch. Mit unserem Schwerpunkt 'Die Stadt für alle' wollen wir der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken - gegen soziale Ausgrenzung, für mehr demokratische Beteiligung -, und wir wollen die notwendigen Zukunftsinvestitionen sichern.

Wir bedanken uns sehr beim Personal der Stadt für die bisherige Unterstützung. Wir bedanken uns bei denen, die an der Vorbereitung dieser Haushaltsplanberatungen mitgewirkt haben. Wir hoffen auf sachdienliche und sachliche Beratungen, in denen wir - und zwar im positiven Sinne - um den richtigen Weg und die richtigen Beschlüsse streiten."

StR Dr. Schlierer (REP):

"Der Weg in die Verschuldung kann generell, aber auch für unsere Stadt, auf Dauer keine Perspektive sein. Das lehrt ganz aktuell die europäische Staatsschuldenkrise, die von einem Höhepunkt zum nächsten eilt. Mit aktuell weniger als 100 Mio. EUR Schulden steht Stuttgart auf den ersten Blick scheinbar gut da - vor zehn Jahren war der Schuldenstand mehr als

fünfmal, vor zwanzig Jahren sogar zehnmal höher. Doch so erfreulich das Ergebnis der ablaufenden Haushaltsperiode ist: Der Spielraum für neue Maßnahmen ist angesichts der mageren Überschüsse im von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Ergebnishaushalts von zusammen nicht einmal 20 Mio. EUR für die kommende Haushaltsperiode bedenklich gering. Und genau genommen waren es nicht erwartete Einmaleffekte, die uns in dem zu Ende gehenden Doppelhaushalt vor einer höheren Verschuldung bewahrt haben.

Wir können leider nicht damit rechnen, dass uns auch in den kommenden beiden Jahren wieder Einmaleffekte bei der Gewerbesteuer oder andere unverhoffte Einkünfte glimpflich davonkommen lassen. Der Schuldenstand wird deutlich steigen, nicht nur, weil ja immerhin noch eine Kreditermächtigung in Höhe von knapp 165 Millionen aus dem Nachtragshaushalt 2011 im Raume steht, die möglicherweise im kommenden Jahr für Investitionen aus Ermächtigungsübertragungen in Anspruch genommen werden muss, sondern auch, weil wichtige, seit vielen Jahren aufgeschobene Investitionen anstehen, deren Vertagung zu Wert- und Substanzverlusten führen und damit noch größeren Schaden anrichten würde als die Aufnahme neuer Kredite.

Die Verwaltung hat in einer recht merkwürdigen Vorgehensweise nicht einmal die unstrittigen unter diesen Investitionen in den vorgelegten Haushaltsentwurf aufgenommen, sondern sie überlässt es vollständig dem Gemeinderat, die erforderlichen Ergänzungen des Haushaltes vorzunehmen. Das führt dazu, dass die anstehenden Haushaltsberatungen sicherlich wesentlich von der Auseinandersetzung über Zweck und Umfang neuer Kreditaufnahmen geprägt sein werden. Und der Schwarze Peter wird dann dem Gemeinderat zugeschoben.

Vor diesem Hintergrund ist eines entscheidend: Wir müssen klare Prioritäten setzen. Angesichts dieser Ausgangslage muss in den Haushaltsberatungen eine Maxime unanfechtbar als oberste Richtschnur stehen: Wir müssen klar und deutlich Prioritäten setzen, streng und sorgfältig das Notwendige vom Wünschenswerten abschichten und uns gerade bei kreditfinanzierten Vorhaben strikt auf das unumgänglich Vorgegebene, auf das Substanzerhaltende und das Wertschaffende beschränken. Umgekehrt heißt das: Konsum und Geldverteilen auf Pump, Klientelpolitik und die Subventionierung gruppenspezifischer Steckenpferde und Partikularinteressen kommen angesichts der ernststen Haushaltslage weniger denn je in Frage.

Ein besonders schwerer Sündenfall wäre vor allem die Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst im großen Stil, auf den sich vor allem die Begehrlichkeiten auf dem linken Flügel richten. Das verbietet sich schon wegen der erheblichen und nur schwer wieder rückgängig zu machenden Folgelasten. Und wenn ich in diesem Zusammenhang heute höre, es ginge da um Investitionen in soziale Infrastruktur, so ist das eigentlich ein Blendwerk. Denn genau genommen geht es hier auch wieder um neue Stellen, die dann später unter den Bestandsschutz fallen und damit um konsumtive Ausgaben.

Schauen wir uns an dieser Stelle auch einmal die Einnahmeseite an. Ich halte es trotz der damit verbundenen Mindereinnahmen von ca. 5,6 Mio. EUR für vertretbar, den Hebesatz der Grundsteuer wieder maßvoll von 520 auf 500 zu senken. Ich bin mir auch darüber im Klaren, dass wir im Blick auf die Kreditaufnahme das sorgfältig abwägen müssen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Einnahmenverlust im Rahmen einer entsprechenden Ausgabendisziplin sehr wohl ausgeglichen werden kann.

Dann kommt die entscheidende Frage: Was gewinne ich mit dieser Senkung? Diese Entlastung kommt allen Bürgern zugute. Hauseigentümer und Mieter werden nämlich beide in den kommenden Jahren durch die gesetzlich vorgeschriebene energetische Sanierung erheblich zusätzlich belastet. Angesichts des damit verbundenen Anstiegs der Mieten ist es

mehr als gerechtfertigt, im Interesse der Mieter eine sozial wünschenswerte Entlastung durch eine maßvolle Senkung der Grundsteuer zu schaffen. Ich glaube, dass das vertretbar und sinnvoll ist.

Nicht sinnvoll wäre eine Anhebung der Gewerbesteuer; das halte ich für wirtschaftlich schädlich. Zur Citymaut sollte man sich Folgendes deutlich machen: Das ist wieder ein typisches Instrument aus der alten Kiste volkspädagogischer Zwangsmaßnahmen, mit der die Mobilitätsgegner hier versuchen wollen, diejenigen zu bestrafen, die mit dem Auto fahren. Und das nützt niemandem. Es mag zwar zusätzliche Einnahmen generieren, aber das ist kein Weg in die Zukunft für unsere Stadt. Es mag ja da und dort Radfahrer geben, aber Stuttgart wird aufgrund seiner Topografie nie das Eldorado der Fahrradfahrer.

Ein zentrales Thema dieser Haushaltsplanberatungen wird die Schulsanierung sein. Die Fortsetzung der Sanierung der Schulgebäude in unserer Stadt steht für mich auf der Prioritätenliste fraglos an erster Stelle. Es ist völlig gleichgültig, wer wann zum ersten Mal 'den Finger in diese Richtung gestreckt hat', es ist auch völlig irrelevant, ob nun der eine oder andere in früheren Jahren sich zu diesem Thema schon mal irgendwo geäußert hat oder nicht, entscheidend ist der Zustand unserer Schulgebäude, den wir inzwischen aufgrund der Expertisen der beauftragten Beratungsfirma kennen.

Wir wissen, dass die Erhaltung und Sanierung dieser Schulgebäude nicht nur der Unterrichtsqualität dient, sondern auch der Bewahrung und Erhaltung des städtischen Immobilienvermögens. Zustände wie an der Schickhardt-Schule, dass Unterrichtsräume wegen Gefahr für die Benutzer gesperrt werden mussten, dürfen nicht wieder eintreten; das können und dürfen wir uns im Interesse unserer Schüler nicht leisten. Soweit es die Fortsetzung des im Dezember 2009 beschlossenen Schulsanierungsprogramms betrifft, müssen wir hierfür die Bereitstellung zusätzlicher Mittel entsprechend den Empfehlungen der Beratungsfirma vorsehen. Deshalb unterstütze ich den Antrag von CDU, SPD und Grünen und werde auch den hierfür notwendigen Ausgaben in Höhe von 232,5 Mio. EUR zustimmen.

Auch bei anderen Investitionen muss die Schaffung und Erhaltung von Werten bei der Verwendung der knappen finanziellen Spielräume eindeutig Vorrang haben. Deswegen befürworte ich ebenfalls Sonderprogramme zur Sanierung der von Verfall bedrohten Stuttgarter Stäffele sowie der Gemeindestraßen in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Tiefbauamtes. Auch die Verbesserung des Wegenetzes in städtischen Parkanlagen fällt in diese Kategorie. Inzwischen gibt es da und dort Stellen, wo sich für die Stadt Haftungsfragen stellen.

Das Prinzip der Vorfahrt für Werterhaltung rechtfertigt die Kreditfinanzierung der Schulhaussanierung, da bei einer Verschiebung dieser Maßnahmen in die Zukunft der Schaden noch größer würde. Dahinter zurücktreten muss das beabsichtigte Engagement der Stadt beim Erwerb des LBBW-Wohnungsbestandes. Zwar ist es grundsätzlich sinnvoll, dass die Stadt hier einen Fuß in der Tür behält, um Fehlentwicklungen bei einem Verkauf der Wohnungen zu verhindern; und das Argument, mit dem Erwerb der Immobilien stehe der finanziellen Beteiligung der Stadt auch ein tatsächlicher Wert gegenüber, ist sicher richtig. Gleichwohl wird der Umfang des kommunalen Engagements zur Heuschreckenabwehr in diesem konkreten Fall noch zu diskutieren sein, wenn die Entscheidung ansteht.

Bei den Priorisierungen wird natürlich auch eines unumgänglich sein: Beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren werden wir maßhalten müssen. Es gibt gesetzliche Auflagen, die erfüllt werden müssen. Allerdings habe ich den Eindruck, dass sich Verwaltung und Parteien derzeit einen Überbietungswettbewerb liefern:

Versorgungsgrad und Anzahl der Betreuungsplätze können nicht groß genug sein. Damit laufen wir Gefahr, Verpflichtungen mit unabsehbaren Folgekosten einzugehen, ohne sicher sein zu können, dass zum einen die damit aufgebauten Kapazitäten überhaupt benötigt werden und dass wir die entsprechenden Zuschüsse in Anspruch nehmen können.

Auf der Grundlage des Kindertagesbetreuungsgesetzes des Landes und der hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften gehe ich im Blick auf die Änderung des § 24 SGB VIII zum 01.08.2013 von einem anzustrebenden Versorgungsgrad für die Kleinkindbetreuung aus, wie er vom Land vorgegeben wird, nämlich von 34 %. Wir sollten uns an dieser Vorgabe zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben orientieren. Als Grundlage für die Haushaltsberatungen sollte die Verwaltung daher den Finanzaufwand für die Anhebung des Versorgungsgrades auf 34 % darstellen und zugleich den Anteil der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes 'Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013' ermitteln.

Das ist nicht nur sinnvoll im Hinblick auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Wenn wir vom Land die angemessene Beteiligung an den Kosten der von ihm gemachten Vorgaben verlangen und dafür ja auch eventuell den Klageweg nicht scheuen wollen - diese vom Oberbürgermeister aufgezeigte Perspektive unterstütze ich ausdrücklich -, sollten wir nicht durch freiwillige Übererfüllung der gesetzlichen Vorgaben den Eindruck erwecken, als könnten wir ohnehin aus dem Vollen schöpfen.

Es gibt aber noch einen anderen, prinzipiellen Grund, sich beim Ausbau der Krippenbetreuung eine kritische Zurückhaltung aufzuerlegen: nämlich das Kindeswohl, das eigentlich im Mittelpunkt stehen sollte. Die möglichst umfangreiche Fremdbetreuung von Unter-Drei- oder gar Unter-Einjährigen mag zwar im Moment als modern gelten, es mag auch im Interesse mancher Eltern sein, sie mag der Wirtschaft oder sogar dem Fiskus dienen, die davon profitieren, wenn Mütter möglichst früh ihre Kinder abgeben, um ohne Einschränkungen Vollzeit arbeiten und Steuern und Abgaben zahlen zu können - im Interesse der Kinder ist sie nicht.

Die aktuellen Forschungsergebnisse, etwa der Hamburger Kinder- und Jugendpsychiaterin Carola Bindt, weisen nach: Die Stressbelastung durch die Trennung von der Hauptbezugsperson Mutter ist bei vier Fünftel der Krippenkinder beträchtlich und kann auch durch gute Betreuungsqualität zwar abgeschwächt, aber nie aufgehoben werden. Und die bislang umfangreichste US-amerikanische Krippenstudie belegt, dass selbst der Besuch einer guten Krippe noch bei 15-jährigen Jugendlichen negative Auswirkungen hat und gehäuft zu sozialen Auffälligkeiten führen kann. Das sind interessante Ergebnisse, die man zur Kenntnis nehmen muss, und zwar ohne ideologische Scheuklappen.

In den Musterländern der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nämlich Frankreich, Schweden und Norwegen, ist man längst einen Schritt weiter als bei uns. Man diskutiert offen über die negativen Seiten der Krippenbetreuung und sucht Alternativen zur exzessiven Frühbetreuung: großzügige Freistellungsmöglichkeiten zur Pflege kranker Kinder, Betreuung direkt am Arbeitsplatz und Ähnliches. Statt phantasielos die Fehler zu wiederholen, die andere längst gemacht und erkannt haben, sollten wir alternativen Modellen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ohne Belastung der Kinder eine Chance geben. Was der Bundesfamilienministerin recht ist - den eigenen Säugling mit an den Arbeitsplatz zu nehmen und einen Wickeltisch im Büro aufzustellen, statt das Kind in der Krippe fremdbetreuen zu lassen - sollte Stuttgarter Müttern nur billig sein. Die Stadt Stuttgart könnte auch hier in puncto Kinderfreundlichkeit mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Katalog der bildungspolitischen Wünsche ist in diesen Tagen umfangreich. Ich darf daran erinnern, dass wir vor zwei Jahren ein ganz anderes Schlagwort hatten. Da ging es

um Bildungspartnerschaft - ein ganz zentraler Begriff, den heute schon kaum mehr einer kennt. Ich will damit nur deutlich machen, wie schnelllebig wir in diesen bildungspolitischen Themen sind.

Wir müssen klare Prioritäten setzen und langfristige Entwicklungslinien ziehen. Das heißt auch, dass man manchmal etwas zurückstellen muss, z. B. die Aufgaben, die nicht in die Kernkompetenz der Kommunen fallen. Damit meine ich in erster Linie das kostspielige Projekt, sämtliche Grundschulen Stuttgarts in Ganztagschulen umzuwandeln. Es ist schon von Verfassungs wegen nicht Aufgabe der Kommunen, in der Bildungspolitik vorzupreschen und aus den knappen Mitteln des städtischen Haushalts bildungspolitische Experimente zu finanzieren. Deswegen halte ich es für gar nicht sinnvoll, dass wir uns nun unbedingt mit Pilotprojekten wie der sechsjährigen Grundschule, Bildungshäusern und anderen Dingen belasten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es hier eher um den Ehrgeiz der Protagonisten und ihre Profilierung mit solchen Themen geht. Das ist eben nicht Aufgabe der Kommune.

Für manche Eltern mag es von Vorteil sein, wenn alle Stuttgarter Grundschulen verbindliche Ganztagschulen werden. Aber denkt man dabei auch an die Kinder? Grundschüler sollten nicht ohne Not zu einer 40-Stunden-Woche an der Schule gezwungen werden. Kinder brauchen in bestimmten Altersabschnitten am Nachmittag Freizeit zu Hause und für frei gewählte musische und sportliche Aktivitäten außerhalb der Schule.

Die Sportvereine fürchten zu Recht um ihren Nachwuchs, wenn alle Stuttgarter Grundschulen zu Ganztagschulen werden. Die Ausrede, die Kinder hätten ja - in einer Vollzeit-Schulwoche! - noch die Abende und Wochenenden für den Vereinssport, ist einigermaßen weltfremd und lässt eigene Erfahrung missen. Die Vorstellung, das alles könnte dann in der Ganztagschule realisiert werden, ist völlig weltfremd. Die ins Auge gefasste Einbeziehung der Sportvereine in die schulische Ganztagesbetreuung wirft mehr Probleme auf als sie lösen wird. Großvereine mit hauptamtlichen Übungsleitern mögen eine Kooperation mit den Ganztagschulen leisten können, aber die vielen kleinen Vereine mit ihren vielen ehrenamtlichen Freizeit-Trainern geraten dann unter einen Druck, sei es ein Fusionsdruck der Vereine selber oder aber ein Druck innerhalb der Vereine, Profi-Übungsleiter zu gewinnen, der nicht im Interesse des Bestandes dieser Vereine liegt. Das steht im Gegensatz zu manchen Investitionen, die wir in die Vereine getätigt haben und auch tätigen wollen. Wir sollten uns eher daran orientieren, die Vereinsvielfalt zu erhalten und zu stärken und alles zu unterlassen, was den Bestand dieser wichtigen Einrichtungen für unser Gemeinwohl beeinträchtigen würde. Ich halte es deshalb auch nicht für sinnvoll, wenn man im Bereich dieser schulischen und außerschulischen Aktivitäten nur eine Professionalisierung anstrebt. Mir wäre es lieber, wenn wir uns wieder auf unsere Kernaufgaben beschränken würden und darauf verzichten, hier die Axt an unsere Sportvereine zu legen.

Bei der Einrichtung von Ganztageschulen muss das Prinzip der Freiwilligkeit und der Wahlfreiheit der Eltern strikt gewahrt werden. Niemand sollte genötigt werden, sein Kind nachmittags in die Schule zu schicken, auch nicht indirekt durch einseitige Kostenbefreiungen. Staatliche Gängelung von Familien hat den Beigeschmack totalitärer Bevormundung und sollte unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb muss an jeder Grundschule weiterhin die verlässliche Betreuung bis 14 Uhr zur Wahl stehen und darf für die Eltern auch nicht teurer sein als die Ganztagschule. Die muss eine von beruflichen Zwängen der Eltern bestimmte Ausnahme und nicht die staatlich aufoktroierte Regel sein, schon gar nicht mit dem Ziel der Zwangsintegration. Und wenn Ganztageschule - dann bitte als offene und nicht als gebundene!

Ich glaube, es gäbe auch da eine ganze Reihe von Alternativen, und es gäbe auch wichtige

Projekte, die wir im Bereich der Schulpolitik uns vornehmen sollten. Ich habe dazu in meinen Anträgen einige Punkte aufgezeigt. Wir sind sicherlich gut beraten, wenn wir in eine Reihe wichtiger Schulprojekte investieren, z. B. in den Ersatz- und Erweiterungsbau der Schule für Körperbehinderte in Möhringen und in den überfälligen Ausbau des bereits 2007 im Rohbau fertiggestellten Film- und Tonstudios der it.schule Möhringen.

Lassen Sie mich ein Wort zum Bürgerhaushalt sagen. Das mit großem Aufwand durchgeführte Verfahren zum Bürgerhaushalt hat durchaus einige sinnvolle Anregungen erbracht. Die Vornahme der Gewichtung der Vorschläge durch die Nutzer des dafür eingerichteten Internetportals hat allerdings dazu geführt, dass eine beträchtliche Zahl von überflüssigen allgemeinpolitischen Meinungsbekundungen Eingang in die Vorlage gefunden hat, die nichts mit dem Haushalt zu tun haben, während leider andere nützliche Vorschläge außen vor blieben.

Ich habe einige dieser Vorschläge aufgegriffen, so den Wunsch nach einer Neugestaltung des Eckensees. Hier gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Deswegen schlage ich einen Ideenwettbewerb zur Neugestaltung vor.

Vor einer Fortführung des Bürgerhaushalts muss allerdings eine kritische Evaluierung hinsichtlich Aufwand und Ergebnis und der Praktikabilität für künftige Haushaltsaufstellungen erfolgen, um eine Konzentration auf haushaltsrelevante Fragen zu erreichen. Grundsätzlich mag dieses Projekt fortgesetzt werden, aber nicht so wie bisher, sondern in einer modifizierten Form, die sich mehr auf die haushaltswichtigen Fragen konzentriert.

Lassen Sie mich nur kurz noch einige weitere Schwerpunkte anreißen, die mir in den anstehenden Haushaltsberatungen wichtig sind. Stadtplanung und Aufwertung vernachlässigter Innenstadtareale sind nach wie vor ein Problem. Ich befürworte daher das Wiederaufgreifen der Pläne zur Neubebauung des Rathausgaragenareals und die Belagerneuerung und Umgestaltung der Fußgängerzone in der Bad Cannstatter Marktstraße. Über dem Schulsanierungsprogramm sollten wir den großen Investitionsbedarf bei den Sportvereinen nicht aus dem Auge verlieren. Die Ersatzbeschaffung eines Bücherbusses findet ebenfalls meine Unterstützung.

Ein bleibendes Anliegen ist für mich nicht nur der Erhalt des Hotels Silber, sondern auch die Schaffung einer Gedenkstätte 'Rote Wand', die dem Andenken der Opfer gewidmet sein soll, die im Zuge der Besetzung Stuttgarts durch alliierte Truppen im Frühjahr 1945 ums Leben gekommen sind. Ich meine, dass man auch für diese Opfer eine würdige Gedenkstätte schaffen kann, schließlich wollen wir ja nicht Opfer erster und zweiter Klasse.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kritische Anmerkung zum Haushaltsentwurf. Natürlich gilt mein Dank der Stadtkämmerei und den Mitarbeitern der gesamten Stadtverwaltung, die hier viel gearbeitet haben. Aber aus der Sicht eines Mitglieds des Gemeinderates bleibt doch festzuhalten: Der Haushaltsentwurf ist zwar dünner geworden, aber dafür noch schwerer lesbar. Ich glaube nicht, dass es der Transparenz dient, wenn dem Haushaltsentwurf detaillierte Ausgabenverteilungen kaum noch zu entnehmen sind. Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft wieder Haushaltsentwürfe an die Hand bekommen, die es uns etwas leichter machen, punktgenau diejenigen Anträge anzuordern zu können, die wir für richtig und notwendig halten. Wir brauchen dann weniger Auskunftsanträge und beschleunigen damit das Verfahren. Diese Anmerkung schmälert in keiner Weise meine Anerkennung und meinen Dank an die Verwaltung für ihr effizientes und hilfreiches Wirken. Ich hoffe, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen."

OB Dr. Schuster beendet die Allgemeine Aussprache mit dem Dank für die Redebeiträge sowie die Anträge. Er freue sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit, den Dialog und auch den Diskurs, damit dann Mitte Dezember hoffentlich ein solider, den vielfältigen Bedürfnissen Rechnung tragender Haushalt verabschiedet werden kann.

zum Seitenanfang